

Antifaz

52

MÄRZ/APR. '95
10. Jahrgang
DM 3,00

Antifaschistische Zeitung

EINGEGANGEN
20. MRZ. 1995
Erled.



**FAP verboten –
Der Spuk geht weiter!**

**Außerdem:
Gewalt gegen Behinderte
Opposition im Iran**

Foto aus SPIEGEL '93

Inhalt

- 3 **Editorial**
- Berichte**
- 4 FAP verboten
- 8 Runder Tisch in Herne
- 16 Berge und Krieg (Tschetschenien)
- 20 Deklaration der Rechte der Völker Rußlands
- 22 Lage der Opposition im Iran
- 27 Nazi-Strukturen im Kreis Recklinghausen
- Erfahrungen**
- 13 Ohne Titel
- 30 Gewalt gegen Behinderte (Teil I)
- 34 **Leserbrief**
- Gedicht**
- 35 Schwarze Erde
- 36 Rose der Berge

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:
Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/ 26345
 Redaktionsanschrift: Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzungen
 donnerstags 19-20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
 Druck: LUPEN DRUCK Duisburg

Editorial

Mitten in die Endbearbeitung dieser Nummer platzte die Nachricht, daß die **FAP und die Nationale Liste (Hamburg)** verboten worden sind. Der langwierige Weg über das Bundesverfassungsgericht war nicht nötig, denn dieses hat festgestellt, sich mit dem Verbotsantrag nicht befassen zu können, da es sich nicht um Parteien handle. Eine schallende Ohrfeige für alle, die diesen Klüngeln auch noch die Möglichkeit zu Wahlbeteiligungen eingeräumt hatten. Das Vereinsverbot reicht also aus. Das hätte es auch vorher schon. Oder man hätte die Nazis **nach Artikel 139 des Grundgesetzes als Nachfolger der verbotenen NSDAP verbieten können**, was man offenbar nicht wollte. Vielleicht weil dieser Artikel peinlicherweise an die von fremden Mächten herbeigeführte Befreiung vom Faschismus erinnerte? Erst mußte ein Klima entstehen, in dem etliche Menschen verbrannt oder anderweitig umgebracht werden, wodurch dieser Staat auch bei denen, mit denen man Geschäfte machen will, in Verruf geriet. Zwischendurch wurde - allerdings nur vorübergehend - sogar eine ganze Polizeieinheit in Hamburg entlassen, deren Nähe zum Nazigedanken "gut" an Hand ihrer jahrelangen Praxis unübersehbar geworden war, ein Akt, der für zahlreiche andere Städte in Deutschland hätte Schule machen müssen.

Zu dieser Nummer:

Zur Entwicklung der Naziszene in Recklinghausen und Umgebung legt Stephan Born ausführliche Recherchen vor. Ein Gedicht des kurdischen Schriftstellers Nazif Telek. an die vor knapp einem Jahr in Südkurdistan ermordete deutsche Journalistin Lissy Schmidt.

In die Asyldebatte - aber nicht nur in sie - paßt der **Beitrag von Saadi über die Lage der Opposition im Iran**, da sich hierzulande eine Tendenz entwickelt, den Iran zu einem Land zu erklären, in dem Oppositionelle nicht verfolgt werden.

Wir haben diesmal überhaupt erfreulich viele Beiträge von außerhalb der Redaktion bekommen, so beispielsweise eine mit viel Schwung geschriebene Stellungnahme zur **Gewalt gegen Behinderte** von **Gusti Steiner**. Voll aus dem Bauch geschrieben ist auch der Beitrag von Metin über den Kulturschock, den er bei Einwanderung aus der Türkei (Nordkurdistan) in die Bundesrepublik erlebt hat.

Wie wäre es mit einer personellen Verstärkung der Redaktion, Gusti, Metin, Saadi?

Aus **Tschetschenien** erreichte uns ein Artikel über den Aggressionskrieg, den Jelzin-Rußland dort führt, und die Aussichten, die er bietet. Ein weiterer Beitrag desselben Autors erreichte uns so kurzfristig, daß wir es erst in der nächsten Nummer bringen können, da es erst noch aus dem Russischen übersetzt werden muß.

Eine sehr kontroverse, aber für alle Beteiligten auch gute und lehrreiche Diskussion in der Redaktion gab es um ein gemeinsames Gedicht von Aleksander Berisha und Klaus Dillmann. Wir möchten mit unseren eigenen Ansichten, da wir uns alle auf dem Gebiet der Lyrik noch auf Neuland bewegen, nichts vorwegnehmen und fordern unsere Leserinnen und Leser auf, Stellung zu beziehen.

Was sonst noch in Nr. 52 steht, mögt Ihr selbst feststellen.

Für die AntifaZ-Redaktion

KD

FAP VERBOTEN

Der Spuk geht weiter !

Am Freitag, dem 24. Februar 1995, hat Bundesinnenminister Kanther das Verbot der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)" und der "Nationalen Liste (NL)" verfügt. Knapp 14 Tage zuvor waren im gesamten Bundesgebiet Wohnungen von FAP-Funktionären durchsucht worden und die anstehende Verbotsverfügung damit signalisiert worden.

Im Sommer September 1993 hatten die Innenminister der Länder den Bundesinnenminister aufgefordert, ein Verbot der FAP beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen.

Inzwischen hatte das Bundesverfassungsgericht die Anträge von Bundesregierung und Hamburger Senat auf Verbote von FAP und NL zurückgewiesen: Beide "Gruppierungen" seien "organisatorisch keine Parteien", hieß es, sie könnten jedoch vom Bundesinnenminister und den obersten Landesbehörden nach dem Vereinsrecht verboten werden. Dies ist nun geschehen.

Seit über 10 Jahren hatten AntifaschistInnen das Verbot der FAP gefordert.

Schon 1986 hatte selbst Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor den Bundesinnenminister aufgefordert, die FAP zu verbieten - der hieß damals Friedrich Zimmermann (CSU) und sah keinen Handlungsbedarf.

Jetzt - endlich - ist das Verbot erfolgt. Es stellt sich die Frage, ob dies nun ein Erfolg der AntifaschistInnen ist oder nicht.

Wir wollen im folgenden Artikel auch auf diese Frage eingehen, geben zuerst jedoch noch einmal einen Überblick über die Entwicklung der FAP

Zur Erinnerung:

"Im Verbotsfall sind Sie zur Fortführung der politischen Arbeit verpflichtet."

(Michael Kühnen)

"Die ANS/NA versteht sich als legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA und kämpft politisch für die Aufhebung des NS-Verbotes. Sie bekennt sich zum Kern und Sinn des 25-Punkte- Programms vom 24.2.1920, lehnt Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab und ist bemüht, im Rahmen der bestehenden Gesetzè zu arbeiten."

("Die innere Front", 1. Jg., Nr. 3, März 1983)

Nach dem Verbot der ANS/NA Ende '83 zeigten die staatlichen

Stellen kein Interesse, das "Rückgrat der Bewegung" zu brechen.

Das zeigte sich auch daran, daß die zahlreichen bekannten ANS-Kader ungeschoren blieben. Ein Beispiel:

"Nachtrag zum Organisationsbefehl:

Hamburg, 5.3.1983

Zur Zeit bin ich Organisationsleiter der ANS. Im Falle meines erzwungenen Ausscheidens (Tod oder Gesinnungshaft) oder meines Rücktritts übernimmt Kamerad Thomas Brehl (Kameradschaftsführer der NA-

Stammkameradschaft 1/ Fulda) das Amt des Organisationsleiters mit allen Rechten und Pflichten."

("Die innere Front 3/83, S. 9).

Nach dem ANS/NA-Verbot, aus aktueller Angst vor Festnahme im Gerichtssaal - floh der ANS-Organleiter ins Ausland. Mit Wissen und Billigung der Behörden.

In diesem Zusammenhang schrieb Kühnen im Organ "Die Neue Front" - das nahtlos an die Stelle der "Inneren Front" getreten war-:

"Das war die letzte Ausgabe der NF, die ich selber zusammengestellt und verfaßt habe. der Monat März war auch der letzte, in dem ich in gewohnter Weise in erster Linie in der Front stehen konnte, ich lege nunmehr offiziell die Führung unserer Gesinnungsgemeinschaft nieder. Von jetzt an hat in Deutschland nur noch Kamerad Brehl etwas zu sagen. Ich kann, will und werde mich nicht einmischen, es sei denn, um

die Autorität von Kamerad Brehl zu stärken!"

("Die Neue Front", 2. Jg., Nr.11, April 1984)

Die bundesdeutsche Justiz ging in der Folgezeit wesentlich 'feinfühlicher' mit den Faschistenführern um, als diese es selbst für möglich gehalten hätten. Im August '84 stand Brehl zusammen mit vier anderen Nazis in Frankfurt vor Gericht. Unter anderem wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß. In der "Neuen Front" vom August 1984 heißt es dazu:

"Am 27. August begann in Frankfurt vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts der Prozeß gegen Kamerad Thomas Brehl sowie gegen die Kameraden Peter Müller, Klaus Müller und Dieter Gumprecht. (Fünfe Angeklagte war Andrea Krohn, Ex-Führerin des "Mädelbundes" und der "Frauenfront", d. Red.) Da gegen Kamerad Brehl bereits ein Haftbefehl besteht (...), wurde von führenden Kameraden ebenso wie von ihm eine Verhaftung zu Prozeßbeginn für durchaus möglich gehalten. Glücklicherweise hat sich diese nicht bewahrheitet..."

Von der ANS zur FAP:

Die FAP war im März 1979 in Baden-Württemberg gegründet worden. Als Mitglieder des ersten Bundesvorstandes wurden genannt: Martin Pape, Günter Starz, Helmut Burkhardt, Wolfgang Eckloff und Hans Hafenender. Kühnen hatte die FAP als "nationaal-konservativ" (NF vom April 1984) bezeichnet. ihre programmatischen

Vorstellungen wurden abgelehnt.

In der Tat hatte sich die FAP keineswegs (offen) nationalsozialistisch geäußert, hier einige Kernsätze aus dem bei der Parteigründung verabschiedeten

Aktionsprogramm:

"Die FAP ist eine rechtsstaatliche und demokratische Partei. (...)

1. Die FAP erstrebt die Wiedervereinigung Deutschlands. (...) Ein freier Staat, in dem weder Kommunisten noch Jesuiten bestimmen, soll entstehen. (...)

2. Solange die Russen und die DDR die WV nicht zulassen, ist unbedingt an der NATO und am Bündnis

mit den USA festzuhalten. (...)

3. Die FAP bekennt sich voll zum deutschen Soldatentum. Was deutsche Soldaten v.a. in den zwei Weltkriegen geleistet haben, wird noch in Jahrtausenden Bewunderung und Beachtung finden. (...)

4. Die FAP fordert, daß Bonn alles tut, daß die Volksdeutschen nach der BRD ausreisen dürfen. Für die z.Zt. von ehemaligen Feindmächten besetzten Gebiete muß an dem Recht auf Selbstbestimmung nach der Besiedlung von 1939 festgehalten werden; also vor der Vertreibung mit übelstem Terror und Mord.

5. Deutschland muß die Heimat der Deutschen sein

Deutschland den Deutschen!



Drückt die müden Familien

Ausländer raus

und bleiben. Es kann kein Einwanderungsland für fremde Völker sein; denn die Deutschen haben, zumal heute, relativ am wenigsten Platz von allen großen Völkern. Daher keine Einbürgerung, sondern Rückführung der Fremdarbeiter in ihre Heimat(...)."

"Durch die FAP bekamen wir doch noch eine Chance"

Mit der ANS/NA war auch die "Aktion Ausländerrückführung - Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung (ARR)" verboten worden. Die ARR hatte in verschiedenen Bundesländern als Wahlpartei der Kühnen-Truppe fungieren sollen.

In Würzburg war der Versuch einer Wahlkandidatur mit einer ARR-Nachfolgeorganisation, dem "Unabhängigen Wählerkreis Würzburg - Arbeitskreis für Wiedervereinigung und Volksgesundheit" (UWK), unterbunden worden. UWK-Spitzenkandidat war Jürgen Bock, alter "Kamerad" Kühnens und Gauführer der ANS/NA (bereits 1979 von Christian Worch, dem offiziellen Kühnen-Nachfolger während dessen Haftzeit in Celle und späteren "Redaktionssekretär" der NF, eingesetzt). Bock erklärte unverblümt, man werde nun vielleicht eine Zeitlang zurückstecken müssen, aber er werde darangehen, erneut eine "schlagkräftige Truppe" aufzubauen.

Die Zeit des Zurücksteckens geriet kürzer als gedacht. Der Rahmen für eine neue Truppe bot sich schon ein Vierteljahr später:

"Nach dem Verbot der AAR war die Kandidatur natürlich auch dahin, und es sah so aus, als würde auch die Landtagswahl 1984 ohne

Nationalsozialisten ablaufen. Durch die FAP bekamen wir doch noch eine Chance. Der Bundesvorsitzende dieser national-konservativen Partei gestattete uns, in die FAP einzutreten, einen Landkreis Ulm zu gründen und an der Landtagswahl teilzunehmen. Herr Pape ist zwar in den meisten Punkten anderer Meinung als wir, ließ uns aber freie Hand. Wir nutzten die Gelegenheit."

(Kühnen in NF, April 1984).

Das war 1984 - und genau 10 Jahre waren alle 'Internas' dieser Entwicklung den Staats- und Sicherheitsbehörden bekannt. Ein Verbot - ob als Partei oder nach dem Vereinsrecht - hätte schon zu diesem Zeitpunkt erfolgen können und müssen.

Warum 10 Jahre Organisationsfreiheit für Faschisten ?

Es lag sicher nicht daran, daß der damalige Innenminister Zimmermann (CSU) hieß, und der heutige Kanther (CDU) heißt.

Beide waren und sind durch und durch Antidemokraten und haben ihre Sympathien für nationale Belange nie geleugnet - wenn es von ihrem subjektiven Willen abhinge, wären solche Verbote sicherlich nicht erfolgt.

10 Jahre unbehelligte Organisations- und Bautätigkeit der Faschisten hat mit dazu beigetragen, daß die Entwicklung nach rechts in der gesamten Gesellschaft gefördert wurde. Die seit mehreren Jahren nun zum

Alltag in Deutschland zählenden Überfälle auf Fremde, Morde an AusländerInnen, Verfolgungen von AsylbewerberInnen - ohne ein breit ausgebautes und (nach wie vor !) gut funktionierendes Netz von faschistischen Organisationen wäre das alles kaum möglich gewesen.

Zweifellos hat aber die Politik der "Wende-Regierung" seit 1982 in erster Linie dazu beigetragen, daß heute in Deutschland

Ausländerfeindlichkeit hoffähig geworden ist, daß in der Bevölkerung ein Gewöhnungsprozeß gegenüber der alltäglichen fremdenfeindlichen Gewalt eingetreten ist.

Dazu hat die FAP ihren Teil beigetragen - sie hat die rassistische Politik der Herren in Nadelstreifen durch den alltäglichen Terror ergänzt - die gemeinsamen Ziele sind inzwischen mehr als erreicht, zumindest die FAP ist in den Augen der Regierung überflüssig geworden.

Und - und das hat die FAP sich nun selber zuzuschreiben - das Auftreten der Partei wie bei den jährlichen

Heiß-Gedenkmärschen war gegenüber dem Ausland einfach nicht mehr zu beschönigen: Fahnen und Uniformen glichen den früheren NSDAP-Aufmärschen denn doch zu sehr. Hätten sie das etwas geschickter getarnt, wer weiß...

Zur Situation heute:

Die FAP und die NL wurden verboten - die NPD, die DVU, die REPs, die DL, die...und, und, und sind weiterhin erlaubt. Aber das ist nicht entscheidend.

In der gesamten Republik waren die "legalen" FAP-Landesverbände längst aufgelöst worden - nur wenige 'Holzköpfe' wie D. Riefling hatten versucht, legale FAP-Strukturen ("Kreisverband Recklinghausen") aufrechtzuerhalten. Auch N. Weidner in der FAP-Landeszentrale Bonn scheint noch bis vor kurzem gehofft zu haben, die legale Org-Struktur erhalten zu können.

Perspektiven:

"Wir werden von den Herren ganz gewiß noch sehr viel hören", sagte ein Sicherheitsbeamter auf Anfrage des Redakteurs R. Birnbaum von der Recklinghäuser Zeitung.

Das trifft sicher zu, aber eins soll zuerst doch klargestellt werden:

Das Verbot der FAP ist auch ein Erfolg der jahrelangen antifaschistischen Tätigkeit. Ohne deren immer wieder geduldiges Veröffentlichen von FAP-Aktivitäten, ohne die jahrelange entschiedene Bekämpfung der faschistischen Anhangbildung - und in diesem Kampf waren die AntifaschistInnen meist auf sich allein gestellt - wären Verbote von faschistischen Organisationen kaum denkbar.

Daß nun - endlich - die FAP verboten wurde, ist für die faschistische "Bewegung" keineswegs gleichgültig. Ihr war und ist sehr wohl bewußt, wie wichtig 'legale' Organisationsstrukturen für das Erreichen von "Masseneinfluß" sind. Diese Möglichkeit, nämlich eine faschistische Anhangbildung unter breiteren Bevölkerungsschichten zu erreichen, ist vorerst empfindlich behindert worden.

GEGEN : KAPITALISMUS + KOMMUNISMUS

Für deutschen!

SOZIALISMUS

Kontaktadresse :
FAP, Postfach 1108
4048 Grevenbroich 5

Freiheitliche *Deshalb:* **FAP**

DEUTSCHLAND WIR KOMMEN!

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

Selbstverständlich werden wir von den "Herren" (und auch den Frauen der "Bewegung", denn die organisieren sich ja ebenfalls nicht ohne Erfolg) auch in Zukunft einiges hören, sicher werden unter neuen Namen neue 'legale' Arme der "Bewegung" entstehen, aber für ein Auftreten auf Demonstrationen und Kundgebungen wie jede andere, "normale" Partei ist es vorerst vorbei.

Dennoch sind die wesentlichen Aufgaben antifaschistisch-demokratischer Tätigkeit nicht etwa kleiner geworden - im Gegenteil! Die breite fremdenfeindliche und rassistische

Grundstimmung bei Teilen der Bevölkerung ist überhaupt nicht zurückgedrängt. Staatliche Maßnahmen gegen AsylbewerberInnen (wie die angekündigte Aufkündigung des Abschiebestoppes gegen KurdInnen) sind Signale eines Repressionskurses, der nach wie vor auf weiteren Abbau von demokratischen Rechten in diesem Land zielt.

Dies und noch zahllose Gründe, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, bestärken uns in unserer Auffassung:

Stephan W. Born
(AFB-Ortsgruppe
Recklinghausen)

**Antifaschismus bleibt demokratische Alltagsaufgabe für jede/n
(und wird es bleiben, mindestens solange der Kapitalismus herrscht)!**

RUNDER TISCH IN HERNE WILL NICHT ANECKEN

In Herne gibt es eine ganze Reihe von "Einrichtungen", die sich um Flüchtlinge und AsylbewerberInnen 'kümmern'. Es gibt einen Ausländerbeirat beim Rat der Stadt, es gibt eine "Gesellschaft für freie Sozialarbeit", es gibt kirchliche Flüchtlingsinitiativen, es gibt die Firma "For tra Meyer" (u.a. auch in Bochum für Flüchtlinge 'tätig').

Und es gibt einen "Runden Tisch", an dem sich regelmäßig VertreterInnen der Stadt, der Parteien (SPD und Grüne), der Kirchen, interessierte BürgerInnen und auch (manchmal) VertreterInnen des gemeinsamen 'Objekts ihrer Begierde', der Flüchtlinge nämlich, treffen.

Aber obwohl alle nur 'das Beste' - fragt sich nur, für wen - wollen, scheinen die BewohnerInnen der drei Herner Flüchtlingsheime einfach nicht 'zufriedenzustellen' zu sein.

Der folgende Bericht versucht in groben Zügen, die Situation und wie sie sich entwickelt hat, darzustellen.



ZUR LAGE DER FLÜCHTLINGE ALLGEMEIN

In drei "Wohnanlagen", nämlich Containeranlagen im Wanner Hafen, auf dem Gelände der ehemaligen Zeche "Unser Fritz" und an der Forellstraße (in Sichtweite zum ehemals berühmten Strükedestadion), sind zur Zeit zusammen ca. 600 Flüchtlinge untergebracht.

Zum größeren Teil kommen sie aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei (mehrheitlich KurdInnen).

Seit knapp zwei Jahren hat die Stadt Herne die gesamte "Betreuung" der Flüchtlinge sowie der Heime der Duisburger Firma "For tra Meyer" übertragen.

Diese stellte die Container-Anlagen, organisierte die Unterbringung der Flüchtlinge in den einzelnen Containern, zog stabile Eisendrahtzäune um die Anlagen, stellte einen Wach- und Pförtnerdienst und organisierte die "Voll"-Verpflegung (bezogen von einer Großküche).

Wie bekannt, stellt das Land NRW den Kommunen pro Flüchtling im Monat einen Betrag von ca. 1500,- DM zur Verfügung, womit sämtliche Kosten (Unterbringung, Verpflegung, ärztliche Ver-

sorgung, Strom und Wasser etc.) abgedeckt werden sollen.

Von dieser Summe sollen für die Verpflegung pro Flüchtling ca. 450,- DM ausgegeben werden. Nicht zuletzt um die Frage der Verpflegung gibt es seit Monaten Auseinandersetzungen zwischen den Flüchtlingen und der Stadt Herne.

So fanden in der Anlage im Wanner Hafen in den letzten 12 Monaten allein drei Hungerstreiks, im Heim an der Forellstraße Ende Januar dieses Jahres ein viertägiger Hungerstreik statt (dazu später ausführlicher).

Die Hauptforderung der Flüchtlinge, nämlich Essen, das ihren religiösen und kulturellen Wünschen entspricht und das sie selber zubereiten können, wurde bislang von der Stadt immer wieder abgelehnt - mit der Begründung, daß sie sonst nicht den vollen Satz des Geldes vom Land bekommen könne.

Trotz wiederholter Beteuerungen seitens der Stadt, sie sei auf die "Extrawünsche" der Flüchtlinge weitgehend eingegangen (Verzicht auf Schweinefleisch, Bereitstellung von Obst, Gemüse und Milchprodukten, ausreichende Ernährung der Kleinkinder etc) gab es immer wieder Proteste.

Zahlreiche Gespräche mit Flüchtlingen ergaben aber ein anderes Bild: Nach wie vor wird durch die Großküche überwiegend (qualitativ minderwertiges) Essen mit Fleischbestandteilen geliefert, das angeblich täglich frische Gemüse und Obst tauchte allenfalls für ein paar Tage nach den jeweiligen Hungerstreikaktionen auf, verschwand dann aber wieder vom 'Speisezettel'.

Die zweite wesentliche Forderung war eine Abschaffung der Eingangskontrollen durch den Wachdienst der Firma "For tra Meyer". Über die Forderung nach einer Abschaffung des Zaunes waren sich die Flüchtlinge nicht einig, u.a. auch deshalb, weil die Heime z.T. in unmittelbarer Nähe von starkbefahrenen Hauptverkehrsstraßen liegen.

Die ursprüngliche Begründung für die gesamte "Bewachung" hat sich jedoch - falls sie überhaupt jemals eine Berechtigung hatte - längst in ihr Gegenteil verkehrt: Hieß es anfangs noch meistens, dies alles diene dem "Schutz" der Flüchtlinge vor rechtsextremen Übergriffen, ist heute die - von den Bediensteten der Firma auch offen zugegebene - Begründung die Kontrolle und Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Flüchtlingen.

Sie hat auch noch eine andere - zwar sicher gewollte, aber nicht zugegebene - Funktion: das Fernhalten der deutschen BürgerInnen von den Heimen, die Erschwerung bzw. Verhinderung des Besuchs von FreundInnen der Flüchtlinge in den Heimen.

So muß jede/r Besucher/in das Gelände bis 22.00 Uhr verlassen haben. Schon dies eine Maßnahme, die als durch und durch inhuman bezeichnet werden muß.

Eine Forderung der Flüchtlinge lautet daher auch: "Wir wollen nicht im Gefängnis leben!"

DIE VORGESCHICHTE

Daß die gesamte "Versorgung" der Flüchtlinge in Herne durch eine Privatfirma getragen wird, ist

nicht etwa gesetzliche Verpflichtung, wird auch in den meisten Kommunen nicht praktiziert und entspricht somit einzig dem politischen Willen der Herner RatsvertreterInnen.

Die Verwaltung der Stadt Herne schloß im August 1993 einen Zweijahresvertrag mit der Firma "For tra Meyer" - ohne vorherigen Ratsbeschluß.

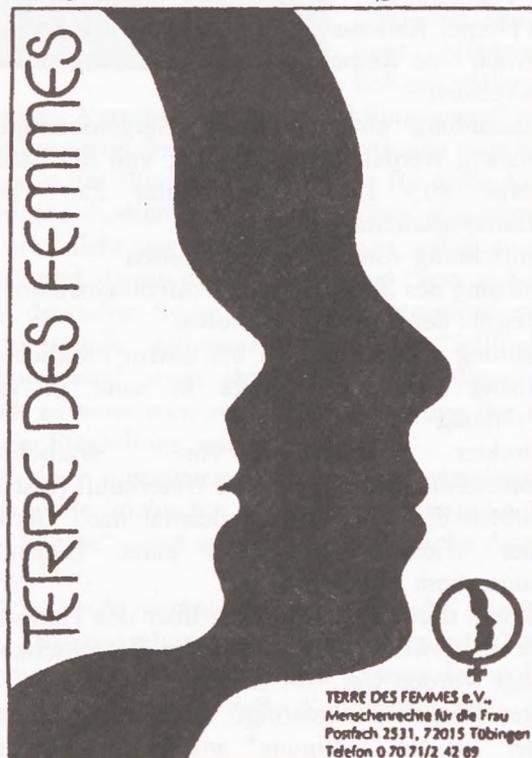
Der Rat bestätigte aber den Vertrag im nachhinein, wobei er einen klaren Verstoß gegen die kommunalen Richtlinien in Kauf nahm: diese sehen nämlich vor, daß bei Verträgen der Stadt, die eine längere Laufzeit als 1 Jahr haben, auf jeden Fall vorher ein Beschluß des Rates vorliegen muß.

Als die grüne Ratsfraktion im Herner Stadtrat daraufhin Beschwerde gegen dieses Vorgehen einlegte, wurde diese von der Bezirksregierung in Arnsberg abgeschmettert (vermutlich, weil die ebenfalls gegen Richtlinien verstoßen, nämlich ihre Dienstaufsicht nicht wahrgenommen hatte).

Gegen derartige Verträge gibt es aber nicht nur formalrechtliche, sondern prinzipielle Vorbehalte: Der Firma steht in den Anlagen das "Hausrecht" zu, ihre Bediensteten haben gegenüber den

RUNDBRIEF 3/4/94

Vergewaltigung ist Folter ♦ Frauenparkplätze an Autobahnen ♦ Sonderbeauftragte der UN für Gewalt an Frauen ♦ Die Frauen von Chiapas sagen: Basta! ♦ Auf dem Weg zur Weltfrauenkonferenz in Peking ♦ Menschen- und Frauenrechte im Sudan ♦ Großbritannien: Kampagne gegen genitale Verstümmelung ♦ Frauenhaus in Ex-Jugoslawien ♦



TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2531, 72015 Tübingen
Telefon 0 70 71/2 42 09

Flüchtlingen generell Weisungsbefugnis (wer z.B. durch Kritik unliebsam auffällt, wird kurzerhand in ein anderes Heim verbracht), die Bediensteten verlangen von jedem Besucher den Personalausweis, wenn dieser das Gelände betreten will, zudem wird sowieso nur zugelassen, wer als Privatperson ausdrücklich einen einzelnen Flüchtling besuchen will, andere Besucher oder gar Vertreter der Presse werden generell nicht hereingelassen - man könnte noch einiges aufzählen - , das alles zusammengenommen bedeutet einen klaren Verstoß gegen das Grundgesetz, werden doch hier weitgehend Exekutivrechte, die nur staatlichen Institutionen zustehen, an eine Privatfirma übertragen.

Das liegt jedoch ganz im Trend der Bonner Regierung, die inzwischen Hunderte von privaten "Wachdiensten" in dieser Republik duldet.

Daher wundert es auch nicht sehr, wenn private 'Hilfspolizisten' an der Grenze zu Polen damit beauftragt sind, Flüchtlinge an der Grenze abzufangen, die "illegal in die BRD einzureisen versuchen".

Da wundert es auch nicht, daß Herner CDU-Politiker sich für "Bürgerwehren" stark machen, um "der zunehmenden Kriminalität Herr zu werden".

DIE ENTWICKLUNG IN DEN VERGANGENEN WOCHEN

Ende Januar traten - wie erwähnt - etwa 70 Flüchtlinge des Heimes an der Forellstraße in einen Hungerstreik, organisierten einen Marsch zum Herner Rathaus und stellten zum wiederholten Male eine Reihe konkreter Forderungen auf, im einzelnen:

1. Auszahlung eines größeren Bargeldbetrages (bislang werden pro Flüchtling von der Stadt Herne 80,- DM Bargeld und 25,- DM Plastikgutscheine ausgezahlt)
2. Einrichtung von Kochgelegenheiten
3. Nutzung des Speisesaals als Aufenthaltsraum
4. Wegfall der Eingangskontrollen
5. Zahlung von Kauttionen bei einem möglichen Einzug eines Flüchtlings in eine private Wohnung
6. Direkter Bezug von ärztlichen Behandlungsscheinen in der Unterkunft (bisher mußten die Flüchtlinge jedesmal nach Herne oder Wanne fahren, um einen Behandlungsschein zu bekommen).

Nachdem durch Presseberichte über den Hungerstreik ein gewisses Interesse in der Öffentlichkeit erzeugt worden war, sah sich die Stadt Herne zu einigen Reaktionen 'genötigt'. Daß sie das Ganze in der Tat als "Nötigung" ansieht, machte die

erste Stellungnahme seitens der Pressesprecherin der Stadt, Frau Daniels, deutlich: Sie behauptete, es gehe den Flüchtlingen nicht um grundsätzliche humane Verbesserungen, sondern allein darum, "an mehr Bargeld heranzukommen". Zudem sei der Hungerstreik aufgenommen worden, kurz nachdem einige KurdInnen in das Heim eingewiesen worden waren (merkwürdigerweise waren kurz zuvor einige KurdInnen aus dem Heim im Waner Hafen 'verschwunden' - sollte es da etwa einen Zusammenhang geben?).

Zudem malte sie ein geradezu paradiesisches Bild, was die Verpflegung der Flüchtlinge betrifft, es fehle ihnen an nichts, Obst, Gemüse, Milchprodukte, Babynahrung usw., alles sei "in ausreichendem Maß" vorhanden.

Die Stellungnahme verfehlte ihre Wirkung nicht, in zahlreichen LeserInnenbriefen machten Herner BürgerInnen ihre "Empörung" über die "undankbaren" Flüchtlinge deutlich.

Es gab aber auch Zuschriften, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierten.

Offensichtlich war der Stadt der relativ starke "Presserummel" unangenehm. Bei einem "Geheimtreffen" zwischen VertreterInnen der Flüchtlinge, einzelnen VertreterInnen von TeilnehmerInnen des "Runden Tisches" (dazu später noch etwas) und mehreren Einzelpersonen wurde ein "Stillhalteabkommen" vereinbart: Die Flüchtlinge brachen ihren Hungerstreik nach vier Tagen ab, die übrigen Beteiligten versicherten, für 14 Tage auf jegliche Aktion in der Öffentlichkeit zu verzichten, und die Stadt 'sagte zu', in zwei Wochen die Forderungen der Flüchtlinge 'in Ruhe zu prüfen'.

DIE HEUTIGE LAGE - NACH ABLAUF DES "STILLHALTEABKOMMENS",

Am Dienstag, dem 21.2.95, traf sich der "Runde Tisch", wo u.a. auch die Reaktion der Stadt Herne auf die Forderungen der Flüchtlinge bekanntgegeben wurden. Wie zu erwarten, hatte die Stadt nur einzelne 'kosmetische' Veränderungen anzubieten. So sollen aus einem Betrag von 20.000 DM, der "zur Verfügung stehe", Herde, Kühlschränke und Waschmaschinen angeschafft werden. Zudem dürften "Kochecken" eingerichtet werden. Alle übrigen Forderungen wurden nicht erfüllt, einzig die ärztlichen Behandlungsscheine können die Flüchtlinge jetzt direkt in den Heimen empfangen.

Die Nutzung des Speisesaals als Aufenthaltsraum wurde mit der Begründung verweigert, diese sei früher gestattet gewesen, dann aber sei mehrfach "Mobilar zu Bruch gegangen".

Es bestehe aber ein Aufenthaltsraum über dem Speisesaal (der aber nur nach Anmeldung und im Beisein einer städtischen Sozialarbeiterin genutzt werden darf).

Die Hauptforderungen (mehr Bargeld, Verpflegung nach den Wünschen der Flüchtlinge, Abschaffung der Eingangskontrollen) wurden nicht erfüllt.

Es bleibt also so gut wie alles beim alten, aber die Stadt hat erreicht, daß wieder einmal - vorläufig - das Interesse in der Öffentlichkeit verschwunden ist.

Insgesamt scheint die Entwicklung inzwischen jedoch einzelnen VertreterInnen des "Runden Tisches" nicht mehr zu 'schmecken'. So kündigte die



bisherige 'Moderatorin', Frau Schrader von der SPD Herne-Baukau, an, daß sie diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen werde, da sie sich "überfordert" fühle.

Es wundert uns in dieser Situation besonders, daß dies Treffen des "Runden Tisches" stattfand, ohne daß auch nur ein einziger Flüchtling mit am Tisch saß. Angeblich hatte die damit beauftragte Sozialarbeiterin es versäumt, denen, um die es ja angeblich bei all diesen Gesprächen am "Runden Tisch" ging, den Termin des Treffens mitzuteilen. Und dies, nachdem die Flüchtlinge 14 Tage zuvor ihren Hungerstreik nach vier Tagen ausgesetzt hatten und ihre 6 Forderungen dem Sozialdezernenten der Stadt, Herrn Nowack, übergeben hatten.

Die Antwort der Stadt (eben die weitgehende Ablehnung der Forderungen) wird dann zwei Tage nach dem Treffen des "Runden Tisches" den

Flüchtlingen von einem Vertreter der Stadt mitgeteilt - wiederum ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Wir meinen, die Taktik der Stadt ist nicht gerade undurchsichtig, verwunderlich ist da schon eher das Verhalten der TeilnehmerInnen des "Runden Tisches", die dieses Vorgehen kritiklos schlucken, nicht einmal fordern, daß wenigstens bei dieser wichtigen Sitzung VertreterInnen der Flüchtlinge mit am Tisch sitzen (was ohne Probleme möglich gewesen wäre, denn der "Runde Tisch" tagt ja im Speisesaal des Flüchtlingsheimes an der Forellstraße), und sich immer noch gegen weitere Aktionen aussprechen, weil man sowieso nur an den 'guten Willen' der Stadt appellieren könne - wie

'gutwillig' die Stadt der Tatsache gegenübersteht, daß Flüchtlinge es wagen, Forderungen zu stellen, hatte die Stellungnahme der Pressesprecherin 14 Tage zuvor überdeutlich gemacht.

Daß auch einzelne Menschen aus UnterstützerInnenkreisen sich von dieser Taktik täuschen lassen, hat andere Ursachen: Bei einigen liegt offensichtlich ein völlig ab-

wegiges Verständnis von "Flüchtlingsarbeit" vor: Aktionen von deutschen Organisationen (wie z.B. die von der Wanner AFB-Gruppe für Ende März geplante Podiumsdiskussion) seien abzulehnen, da sie "nicht von den Flüchtlingen selber ausgehen" und damit den Flüchtlingen "von außen", von deutscher Seite, ein Politikkonzept 'übergestülpt' würde. Aktionen während des "Stillhalteabkommens" seien abzulehnen, weil diese die Stadt zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der Flüchtlinge 'reizen' würden.

Mit dem moralisierenden Bekennerstandpunkt, man wolle "nichts tun, was den Flüchtlingen schaden könnte", wird auf jegliche öffentliche Aktion verzichtet.

Solche Leute merken nicht einmal mehr, wie sehr ihr Denken schon von den "Argumenten" der Vertreter der Stadt geprägt ist: Genau das wollen sie ja erreichen, daß Solidarität mit den

Flüchtlingen durch deutsche Gruppen als "Fremdsteuerung" diffamiert wird.

Außerdem: Wer die Forderung nach Kündigung solcherart grundgesetzwidriger Verträge, die Forderung nach Abschaffung von 'gefängnis'artigen Zuständen, die Forderung nach Selbstbestimmung in der Verpflegungsfrage, als "Forderungen der Flüchtlinge" und nicht auch als Forderung der 'deutschen' BürgerInnen versteht, der hat im Grunde den Kampf um mehr demokratische Rechte sowieso längst aufgegeben. Auf diesem Hintergrund wird auch erklärlich, weshalb andere, die eine verstärkte Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen die generell inhumane Flüchtlingspolitik - nicht nur in Herne - anstreben, als Leute angefeindet werden, die "den Flüchtlingen schaden".

PERSPEKTIVEN

In Gesprächen mit VertreterInnen der Grünen, mit VertreterInnen der Frauenmensenrechtsorganisation "Terre des femmes" und ausländischen Organisationen plant die Ortsgruppe Wanne-Eickel für Ende März eine Podiumsdiskussion in Herne, auf der die allgemeine Lage von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen in Herne und in der Republik diskutiert werden soll.

Angesichts der Tatsache, daß zu den zur Zeit ca. 600 Flüchtlingen in Herne in diesem Jahr weitere 600 hinzukommen (wobei die Stadt Herne schon jetzt den Standpunkt einnimmt, daß sie diese nur zu einem sehr geringen Prozentsatz unterbringen kann und deshalb eine weitere Zuführung ablehnt), ist mit einer weiteren Verschlechterung der Lage der Flüchtlinge zu rechnen.

Schon jetzt scheint das Kalkül der Stadt aufzugehen, eine breitere öffentliche Diskussion um die Forderung nach Kündigung der Verträge zu verhindern. Wer läßt sich schon gern öffentlich fragen, wohin eigentlich genau die Gelder fließen, die vom Land für die Versorgung der Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden - sollte vielleicht doch was dran sein, daß die Stadt der Firma "For tra Meyer" einen beträchtlichen Reingewinn zuschustert, um das lästige Problem, "Asylanten zu entsorgen", loszuwerden - sollen sich andere 'die Finger schmutzig machen' ?

Verwundert konnte mensch feststellen, daß von den ca 10.000 DM, die im Jahre 1994 an Spenden für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt und von der 'Moderatorin' des "Runden Tisches" verwaltet wurden, die Firma "For tra Meyer" den Löwenanteil aufbrachte - nämlich 4300,- DM -; wann hat die Firma diese 'großherzige' Spende getätigt, vielleicht zwei Tage vor dem letzten Treffen des "Runden Tisches" ?

Aber dies ist nicht die einzige 'offene Frage', weitere Fragen zu stellen und beharrlich daran mitzuwirken, daß sich die Lebensumstände von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen gründlich ändern in dieser Republik, darum bemüht sich neben vielen anderen die

Ortsgruppe Wanne-Eickel des Antifaschistischen Bundes (AFB)

Anzeige

Attatroll Buchladen
 45657 Recklinghausen Herner Str. 16
 ☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
 Diese Menschen, und sie töten
 Nicht einander mehr aus Eifer
 Für die himmlischen Interessen. -

Partner der
 Büchergilde

Partner der
 Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
 Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
 Sondern Eigennutz und Selbstsucht
 Treibe sie jetzt zu Mord und Todschatz.
 Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18:30 & Sa 9.00-14.00

KUCHE AUS 100% MEHR GENESSEN

KOKILLE

Original türkische
 Küche

Bochum, Südring 24
 Tel. 66611
 geöffnet
 Montags bis Sonntags
 18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
 nachts

OHNE TITEL

In meiner Heimat sind die Menschen unzufrieden und unruhig.

Die Preise steigen ständig, und die Löhne sinken.

Als Arbeiterin oder Arbeiter darfst du deine Unzufriedenheit nicht öffentlich zum Ausdruck bringen, denn dann bist du eine böse Kommunistin oder ein böser Kommunist, und die werden eingesperrt.

Als Schülerin oder Schüler wird dir beigebracht, wie stark und einflußreich die Osmanen waren. Du mußt lernen und behaupten, ein Arzt besitze mehr Würde als eine Werk tätige. Jeden Morgen mußt du strammstehen und schreien:

*"Ich bin ein Türke (eine Türkin)!"
"Ich bin ehrlich und fleißig!"
"Ich opfere mich gern für meine Nation!"
"Ich bin stolz, ein Türke (eine Türkin) zu sein!"*

Wer fragt schon danach, ob du zufällig keine Türkin (kein Türke) bist, sondern vielleicht eine Armenierin, ein Jude oder vielleicht kurdisch!?

Ich bin mit sechzehn Jahren nach Deutschland gekommen. Ich stamme aus Gaziantep.

Gaziantep ist eine der größten Städte der Türkei. Ich habe in Mersin die Mittelschule und in Van das Gymnasium besucht. Ich habe mit dem Stadtleben schon Erfahrung und werde es nicht so schwer haben wie jemand, der aus einem kleinen Dorf in Mittelanatolien kommt.

Mein Vater arbeitet seit neun Jahren als Gastarbeiter in Deutschland. Das ist mein Trost.

Es war ein Sommertag im Jahr 1979.

Ein Flugzeug landet am Nachmittag in Hannover. Mit vielen Gastarbeitern, die von ihrem Urlaub

zurückkehren, steigen mein Vater und ich aus der DC 10 aus.

Es ist noch keine vier Stunden her, seit ich mich von meiner Mutter und meinen Geschwistern verabschiedet und meine Heimat verlassen habe.

Jetzt bin ich in der Mitte Europas.

Die Menschen sind leise, niemand schreit.

Kein Krümel liegt im Flughafengebäude auf dem Fußboden herum, kein Zigarettenstummel. Die Straßen sind wie geleckt ...

Das ist doch nicht möglich! Wenn die Ampel rot ist, bleiben alle Autos stehen, niemand hupt. Die Fußgängerinnen und Fußgänger gehen dann einfach über den Zebrastreifen. Alles sieht aus, als wäre es geplant.

Bei uns lebt die Straße.

Überall schreien die Menschen, hupen Autos, die Verkäufer rufen, Schuhputzer bieten lautstark ihre Dienste an.

Die Straßen sind übersät mit Melonenkernen, zertretenen Tomaten, Glasscherben, Papier, Apfelsinenschalen, Blechdosen und Pferdeäpfeln.

Auf dem Markt an der Ecke einer Kreuzung schreien alle Verkäufer zugleich:

*"Tomaten, Tomaten ... Die besten und frischesten!"
"Reife Paprika!"*

Ein anderer:

"Preiswerte Gurken! Frisch gepflückte Pfirsiche! Sie schmecken so gut, daß man sich sogar in die Finger beißt."

Wieder ein anderer:

"Saftige Melonen, Melonen ... Melonen aus Diyarbakir!"

Oder an der Busstation:

"Nach Istanbul, nach Istanbul, Istanbul, Istanbul, Istanbul, Istanbul..."

"Nach Ankara, Ankara, Ankara!"

"Nach Konya! Kayseri! Izmir, ...!"

"Komm, Onkel, komm, komm! Komm, Tante!"

"Wo wollen Sie hin?"

"Wollen Sie nach Antalya? Kommen Sie mit, kommen Sie, kommen Sie ...!"

Bei uns ist es so, daß jeder das beste und billigste Obst und Gemüse anbietet, daß jeder Busfahrer hinfährt, wohin du willst. Jeder putzt die Schuhe am blankesten, und jeder Wasserverkäufer hat das frischeste Wasser.

Das ist mein Land!

Aus Hannover werden mein Vater und ich mit dem planmäßigen Bus pünktlich nach Bielefeld gebracht.

Es wird langsam dunkler ...

Mein Vater wohnt mit zwei anderen Kollegen zusammen in einem Wohnheim, das nur von Ausländern bewohnt ist. Die Wohnung besteht aus einer Küche, zwei kleinen Schlafräumen und einem Badezimmer mit einer schönen Badewanne. Benutzung verboten!

Ich bekomme meinen Schlafplatz auf dem Sofa in der Küche.

Zur Begrüßung kocht mein Vater. Aber mir schmeckt weder das Brot noch das gekochte Essen noch Obst.

Am Sonntag darauf kommt ein blonder Mann zu uns. Wir stehen auf und bieten ihm unseren Platz an. Er fängt an zu sprechen. Ich verstehe kein Wort. Als er aufsteht, um zu gehen, geben ihm mein Vater und seine beiden Kollegen Geld, und er geht.

Das war der Vermieter. Mein Vater sagt, sie hätten über meine Anmeldung gesprochen.

Außerdem habe der blonde Mann zu meinem Vater gesagt, ich könne bei ihm zu Hause arbeiten.

Dieser blonde Mann holt mich eines Tages um acht Uhr früh ab. Er fährt mich zu sich nach Hause und gibt mir einen Hammer und einen Meißel in die Hand. Ich begreife, daß ich Fliesen abschlagen soll.

Nach etwa einer Stunde Arbeit bringt eine Frau eine Flasche Coca Cola und stellt sie in meiner Nähe ab. Die Frau sieht hübsch aus. Na ja, wer bin ich denn! Ich bin für sie Luft.

Nach ein paar Stunden bekomme ich Hunger. Da sich die Frau nicht mehr hat blicken lassen, denke ich, daß sie sich wohl um das Essen kümmert. Wenn bei uns jemand im Haus oder vor der Tür arbeitet - egal, wer es ist und für wenn er arbeitet -, wird Tee gekocht, und er bekommt selbstverständlich eine warme Mahlzeit.

Mir gehen tausend Gedanken durch den Kopf:

Wer bin ich? Wo bin ich? Warum bin ich hier? Was machen wohl meine Mutter und meine Geschwister jetzt? Was machen meine Freunde? Werde ich sie je wiedersehen? Warum bin ich hier?

Ich habe viel Zeit zum Nachdenken bei dieser eintönigen Arbeit. Die jüngste Vergangenheit, an die ich nicht mehr gedacht habe, seit ich in Deutschland bin, zieht an mir vorüber und lenkt mich für kurze Zeit von meinem Hunger ab:

In meiner Heimat herrscht große Unruhe. Wie viele meiner Schulkameradinnen und -kameraden war auch ich in Aufruhr geraten. Wir hofften auf Veränderungen im Lande, die notwendig und uns zum Greifen nah erschienen sind. Mehr persönliche Sicherheit für die Menschen, Befreiung von dem Zwang, von einem Tag auf den anderen, von der Hand in den Mund leben zu müssen, eine Situation, die für die Familie, zu der ich gehöre, nicht ganz so bedrängend war, weil mein Vater fern der Heimat, in Deutschland, Arbeit bekommen hat; die Möglichkeit, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Kurz: Arbeit, Brot, Freiheit ...

Unsere ganze Hoffnung lag bei den arbeitenden Menschen, bei denen, die die Werte schaffen und herbeischaffen, die wir zum Leben brauchen. Sie können etwas bewegen im Lande, können die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Nicht nur in der Türkei. Überall. Auch in Deutschland.

Das weiß ich mit meinen 16 Jahren schon, ohne daß es mir in der Schule beigebracht worden ist. Und eigentlich kann das jedes Kind wissen, wenn es mal richtig Hunger gehabt hat. Wenn es darüber nachgedacht hat, wo denn der Hunger herkommt. Dieses Wissen ist allen Menschen möglich. Heißt das nicht schon "kommunistisch"?

Das geht mir durch den Kopf. Und noch einiges mehr:

Dafür, mit diesem Wissen, in diesem Bewußtsein, sind wir auf die Straße gegangen, haben Flugblätter verteilt, uns in Redegefechten mit anderen auseinandergesetzt, sind auch mit Gegnern handgreiflich aneinandergeraten, sind denen unangenehm geworden, die Macht haben in meinem Land. Die reich sind, weil wir arm sind. Die das auch nicht ändern wollen. Nicht dulden wollen, daß es geändert wird. Daß wir die störten mit dem Wissen, das wir verbreiteten, das war beinahe zwangsläufig so, unvermeidlich. Warum sonst sollten sie zu Faschisten werden? Leute beschwatzen oder sich kaufen, die für sie die Kastanien aus dem Feuer holen?

Ich konnte eines Tages nicht mehr in die Schule gehen, traute mich nicht mehr auf die Straße, denn mir war gedroht worden, mich auf offener Straße zu erschießen. Und es gab niemanden, der mich davor geschützt hätte ...

Noch jetzt, wo ich diese Situation vor mir Revue passieren lasse, schnürt mir die Angst fast die Kehle zu, die Erinnerung daran ist noch frisch; das war ja vielen passiert in meinem Lande, manch einem Gleichgesinnten, den ich bewundert hatte, der auch für mich ein Vorbild war. Und es passiert immer noch.

Mein Vater hat mich, als er zuletzt Heimaturlaub in der Türkei hatte, kurz entschlossen

mitgenommen nach Deutschland. Und so bin ich jetzt hier. Und wieder in der Gegenwart mit meinen Gedanken.

Und habe Hunger, der alle anderen Gedanken verdrängt.

Ich habe mich völlig auf die Türgeräusche konzentriert. Jedesmal, wenn ich Türgeräusche höre, freue ich mich: *Jetzt werde ich zum Essen gerufen. Oder: Aber diesmal!*

Habe ich einen Hunger!

Wieder Geräusche an der Tür: *Aber jetzt ... Kommen die Schritte zu mir?*

Ich habe gearbeitet. Den ganzen Tag, nur mit einer Flasche Coca Cola. Davon bin ich nicht satt geworden. Aber was nun? Ich bin trotzdem froh, daß ich wenigstens Geld verdient habe.

Es ist schon zwanzig Uhr durch. Der blonde Mann kommt und fährt mich nach Hause. Ich bin ganz ungeduldig. Ich will wissen, wie viel ich verdient habe.

Als ich meinen Vater frage, wie viel der blonde Mann ihm gegeben hat, antwortet er:

"Er hat es mir noch nicht gegeben."

Ich warte auf mein verdientes Geld.

Eine Woche, zwei Wochen, drei ...

Ich will, daß mein Vater nach meinem Geld fragt. Mein Vater sagt:

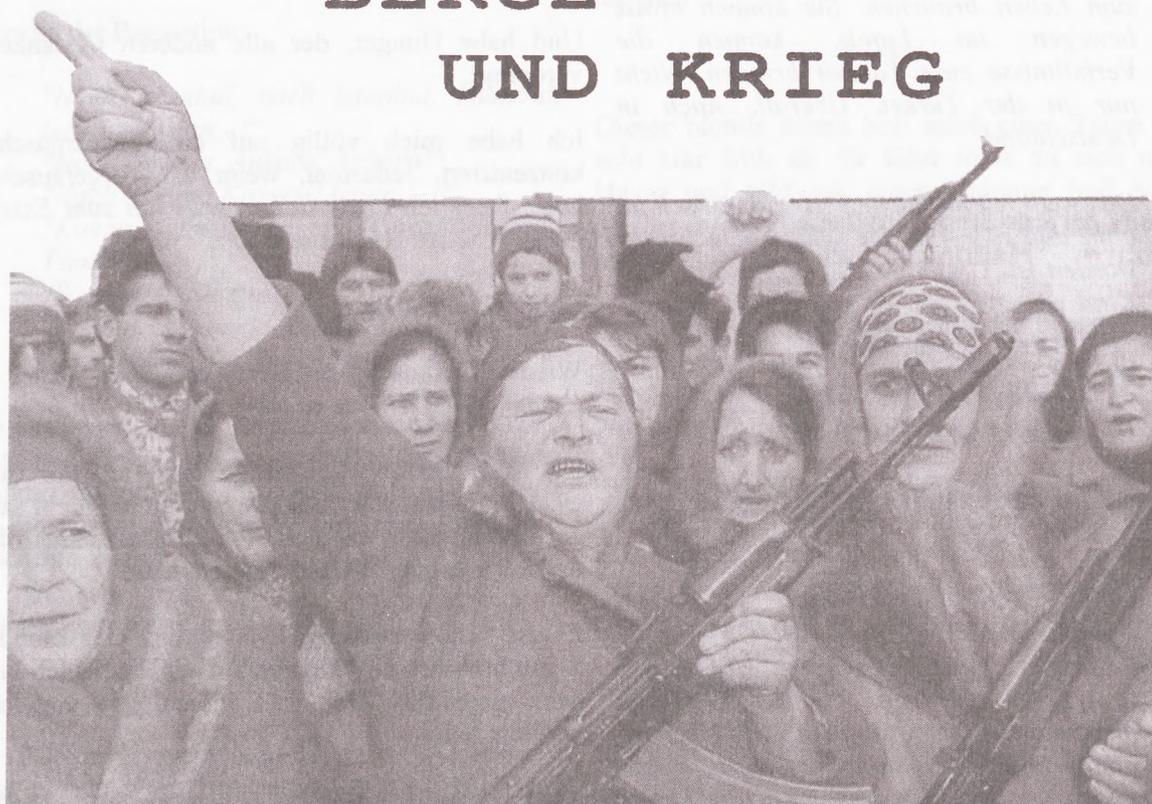
"Wenn wir jetzt nach Geld fragen, dann wird er Dich nicht anmelden und nicht erlauben, daß Du hier bleibst."

Mein Vater hat nicht gefragt und hat kein Wort mehr darüber gesprochen.

Das heißt: Ich habe den ganzen Tag für eine Flasche ungesunde US-Cola, die ich noch nicht einmal ausgetrunken hatte, gearbeitet!?

Metin (Mai 1988)

BERGE UND KRIEG



Zwischen den nördlichen und südlichen Gebirgskämmen des Kaukasus liegt ein Gebiet, das als Transkaukasien bezeichnet wird. Ausgerechnet durch Transkaukasien hindurch wurde ein Weg abgesteckt, auf dem transnationale Konsortien** den Abtransport von Erdöl und Gas planen, wovon gigantische Reserven im Kaspischen Meer und an seiner Ostküste (aber auch direkt in den Vorgebirgen des Kaukasus) entdeckt worden sind und gefördert werden. Dollarbeiträge in Milliardenhöhe mußten dort angelegt werden und werden bereits investiert. Es herrscht die Meinung, daß die westliche Wirtschaft mit schweren Krisen (und dementsprechend die westliche Gesellschaft mit großen sozialen Umwälzungen) zu rechnen hat, falls sie keinen Zugang zu diesen Reserven bekommt.

Die Marionettenregierungen der transkaukasischen Republiken Grusinen (= Georgien)*, Armenien, Aserbajdschan, die infolge von blutigen, durch interessierte westliche Kreise geschürten Umwälzungen an die Macht gekommen sind, sind bereit, die Transportverbindungen aus dem Kaspischen und Schwarzen Meer zu gewährleisten.

Jedoch ist die Entfernung zwischen Wunsch und Wirklichkeit wohl noch groß. Erstens bestehen auf den Territorien der drei oben genannten Republiken Bürgerkriegsherde; das rasende Grusinen gerät außer Kontrolle; Industrie und Landwirtschaft sind praktisch paralysiert. Zweitens sind die grusinischen Schwarzmeerbahnen für die Aufnahme von Supertankern nicht geeignet. Drittens ist die Ersatzvariante, der Weg durch

Aserbajdschan und die Türkei bis zur Mittelmeerküste, aus geographischen und militärpolitischen Gründen letztlich fast unmöglich, insbesondere wegen des Freiheitskampfes der Kurden gegen das proamerikanische Regime in Ankara.

Das ist der Grund, warum sich die Blicke der transnationalen Konsortien auf die Nordkaukasusregion gerichtet haben, durch die hindurch man Pipelines zu den relativ gut ausgerüsteten russischen Tiefseehäfen Tuapse und Novorossijsk verlegen kann.

Das auferstandene Tschetschenien stört die Verwirklichung dieser Pläne, wie ein Knochen, der in der Kehle eines Raubvogels steckengeblieben ist. Damit fertigzuwerden, ist der Auftrag der Jelzin-Armee, die im

gegebenen Fall die Rolle des Kanonenfutters spielt.

Keine noch so chauvinistische Propaganda ist in der Lage, die eiserne Tatsache zu widerlegen, die man vor der öffentlichen Meinung zu verstecken sucht: Der Krieg in den kaukasischen Bergen nutzt ausschließlich den Geschäftemachern des internationalen Business, die in beträchtlichem Maße die Kontrolle über die Erdöllagerstätten im brodelnden Nahen Osten verloren haben und entschlossen sind, sich der Lagerstätten zu bemächtigen, die sich in den im Niedergang begriffenen Ländern Kasachstan, Turkmenistan, Aserbaidschan und Rußland befinden. Nebenher wird der Versuch unternommen, andere strategische Probleme zu lösen. Die gegenseitige Vernichtung von Teilen des postsowjetischen wirtschaftlichen und menschlichen Potentials, der weitere Zerfall der russischen Armee, die Verstärkung der prowestlichen Orientierung Osteuropas und des Baltikums, das Ausfindigmachen einer Alternative zum sich erschöpfenden Jelzin-Regime - das ist es, woran die reaktionären Kräfte im Westen interessiert sind.

Doch auch etwas anderes ist klar: Die Imperialisten haben sich verrechnet, wenngleich sie auch unsere Erwartung erfüllten. Einige Tage erlebten sie beim Griff nach der Hauptstadt Tschetscheniens den Machtsturz von Präsident Dudajev, wurden aber in einen vorerst zweimonatigen und für die Völker des Kaukasus ganz und gar erfolgreichen Krieg verwickelt. Aber auf Seiten von Dudajev sind alle Bergvölker aktiv geworden. Ihre Leute kämpfen Schulter an Schulter mit den Tschetschenen, denen sogar Ukrainer, Russen, eine Anzahl Bürger aus

islamischen Ländern zu Hilfe gekommen sind (in der Regel von Nationalität Tschetschenen, deren Vorfahren schon zur Zarenzeit ausgewandert waren).

Jelzin, der längst die Fähigkeit verloren hat, normal zu denken und mehr oder weniger überzeugend zu lügen, bezeichnete sie alle als Söldlinge, von denen es angeblich Zigtausende gibt. Tatsächlich sind es Freiwillige, deren Anzahl ein paar tausend Menschen bildet. Zusammen mit der Dudajev-Armee, die zehntausend Mann zählt, brachten sie dem Expeditionskorps von fast 200.000 Mann eine militärische Niederlage bei. Allerdings half und hilft ihnen eine tschetschenische Landwehr, in die alle verfügbaren Waffen und Personen, die sie tragen können, eingezogen sind. Sogar junge Mädchen. In Tschetschenien wird aus jedem Loch, von jedem Baum aus geschossen ... Obgleich die Verluste der Jelzinschen Karateli (= Angehörige von zaristischen Vergeltungskommandos)* verborgen gehalten werden, besteht Grund zu der Annahme, daß mehr als neuntausend umgekommen sind. Hinzu kommen Tausende von Deserteuren, die sich geweigert haben, in den Kampf zu gehen. Die russische Heeresleitung ist mit Gesuchen zur Befreiung vom Kriegsdienst überfordert. Die Tschetschenen nahmen mehr als 400 Karateli gefangen. Sie übergeben die Gefangenen deren Eltern, die aus mehreren Städten Rußlands nach Tschetschenien gekommen sind. Jedoch die Jelzinsche Ochranka (= zaristische Geheimpolizei)* läßt die freigelassenen Gefangenen zu Hause nicht aus ihren Fingern.

Einige glauben, daß die Armeeführung die Befehle Jelzins über die Einstellung der

Luftbombardements ignoriert habe. So etwas zu denken, ist sehr naiv.

Man sabotiert nur gelegentlich und auch nur die blutrünstigsten Befehle des im Kreml thronenden Henkers des russischen und des tschetschenischen Volkes. Jelzin hat gelogen, als er behauptete, er habe den Befehl gegeben, Grosnyj nicht zu bombardieren. Seine Befehle waren entgegengesetzt. Die Luftangriffe hören nur aufgrund der Witterungsbedingungen auf. Aus der Luft wurden Flüchtlinge zusammengeschoßen, die versucht hatten, aus Grosnyj auf den Straßen in die Nachbarländer Dagestan und Inguschetien zu entkommen. Massenweise erschossen werden gefangene Soldaten Dudajevs. Die russische Armee wimmelt von Marodeuren. Sie hat nicht, wie sie in Moskau eingestand, 150.000 Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben, sondern mindestens 300.000 Menschen. Fachleute schätzen die gesamten Verluste in diesem Krieg in den Bergen auf annähernd 100.000 Menschen. Aber es gibt noch dramatischere Schätzungen: 120.000 bis 130.000 Umgekommene auf beiden Seiten unter Einbeziehung der friedlichen Einwohner aller Nationalitäten. Seriöse Wirtschaftswissenschaftler bestätigen, daß die finanziellen Schäden 10 Milliarden Dollar ausmachen.

Die Heftigkeit der Kämpfe ist derart, daß an einzelnen Tagen die Karateli zig Panzer, Panzertransporter, Panzerkampfwagen usw. verloren. Sie prahlten einmal, daß sie etwa 200 Panzertechnik-Einheiten, die zu den Dudajev-Formationen gehört hätten, vernichtet hätten. Ganz Rußland lachte über sie. Falls die Tschetschenen Hunderte an Panzerkampfwagen (und dazu

noch mehrere zehntausend Söldlinge, wovon der nichts auf die Reihe bringende Jelzin herumphantasiert) hätten, sie hätten längst Moskau eingenommen. Die russische militärische Zersetzung hat solche Ausmaße angenommen, daß sich Tschetscheniens Armee und Landwehr auf Kosten des Jelzinschen Sammelsuriums selbst versorgen. Sie erbeuten nicht nur Waffen wie Trophäen, sondern kaufen sie häufig bei Soldaten und Offizieren mit den Litzen in den faschistischen drei Farben (der russischen Trikolore)*. Leider richtet kaum jemand sein Augenmerk darauf, was die dreifarbige Fahne des heutigen Rußland bedeutet; sie ist nicht nur und nicht einmal in erster Linie ein Symbol des alten Zarenreiches, sie ist in erster Linie die offizielle Flagge der russischen Wlassow-Faschisten***, die im Zweiten Weltkrieg auf Seiten Hitlers gekämpft haben.

Ein Volk in Waffen ist unbesiegbar. Ja, vernichtet werden kann es, aber es kann nicht besiegt werden. Darüber hinaus begreift das Volk deutlich, wer Jelzin hilft, die Freiheit dessen zu erwürgen, der nicht wünscht, im Inventar ausgerechnet von Jelzin-Rußland zu leben, womit nicht Rußland überhaupt gemeint ist. Ein Krieg, insbesondere ein Bürgerkrieg, erleuchtet vortrefflich die Gehirne. Darum wächst zur Zeit in den Bergen des Kaukasus eine gegen die USA und gegen den Westen gerichtete Gesinnung heran. Die Vertreter der transnationalen Konsortien verstehen es gut, mit Geld zu rechnen. Sie sind jedoch auf eine verblüffende Weise dumm, wenn es um die Berechnung einer Situation geht, sie verfangen sich geradezu in den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung. Vielleicht haben sie nicht einmal

begriffen, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion AUTOMATISCH den Zusammenbruch und Zerfall praktisch aller existierenden Unionsrepubliken, das Aufkommen des Separatismus in vielen an der Peripherie der ehemaligen UdSSR gelegenen Ländern, soziale Krisen auf allen Kontinenten nach sich

zu sichern, muß der Westen eigene Kontingente hierher bringen. Dann aber wird der Krieg in den Bergen permanent sein. Er wird ganz anderes Niveau annehmen, wird über die Grenzen des Kaukasus und des Schwarzmeer-Kaspisee-Beckens hinausgehen. Übrigens begreifen das auch ei-



zieht; es ist offensichtlich, daß ein ähnlicher geopolitischer Kataklysmus (= sintflutartiges Unwetter)* die Folge ist, etwa in Form von die Gesamtgesellschaft erfassenden bürgerkriegsartigen internationalen Konflikten, die sowohl quantitativ als auch qualitativ zunehmen werden.

Daraus folgt, daß weder in den Regionen, in denen künftig Erdöl und Erdgas gefördert wird, noch an den Zugängen für den Transport derselben jemals Frieden einkehren wird. Um seine Investitionen und Extraprofite

nige russische "Demokraten". Sie kritisieren Jelzin nicht aus einem Gefühl sozialer Gerechtigkeit oder einem elementaren Mitleid mit den Opfern des Krieges, sondern aus Angst um ihr politisches Schicksal. Die Moskauer Regierung kann schließlich das Gewünschte als Realität ausgeben. Sie kann Bestechungs-, Erpressungs-, Fälschungspläne schmieden. Sie kann einen Sieg in einer Militäroperation erringen und Grosnyj einnehmen. (Die Karatelj-Armee schaffte es nicht einmal, die Stadt zu umzingeln, und beherrscht heute (Anfang

GRAUE WÖLFE; ISLAM UND TÜRKISCHER STAAT

Hintergründe, Geldgeber und Ziele rechter und islamischer Gruppen unter den Migranten und Migrantinnen in der BRD

Teil II

7. Die religiösen Vereinigungen im einzelnen

Diyamet Isleri Türk Islam Birliği DITIB (Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V.)

Den türkischen Migranten in der BRD fehlte eine Versorgung mit religiösen Diensten im Sinne der Staatsreligion, so daß sie sich anderen religiösen Organisationen (Orden) zuwandten. Diese Entwicklung wurde erkannt. Sie war von daher von besonderer Bedeutung, da andere religiöse Bewegungen, wie bereits zuvor geschildert, eher in Opposition zur Staatsreligion standen. Der Minister des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten wollte nach dem Militärputsch in der Türkei vom 12.09.1980 auch die türkischen Migranten in der BRD der Militärjunta unterwerfen. Da dies in Europa mit Foltermethoden und Unterdrückung nicht möglich ist, sollte die Kontrolle durch die Einrichtung religiöser Organisationen erfolgen.

So wurde DITIB als Dachverband, dem sich auch andere Moscheevereine anschließen konnten, am 05.07.1984 in Köln mit enger Verbindung zur türkischen Botschaft in Bonn gegründet. Einige Botschaftsangehörige sind Mitglieder im Vorstand der DITIB. Diese ist ein direkter Zweig des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten in der Türkei. Sichtbares Zeichen für die Nähe zum türkischen Staat ist die dauernde Ausstellung der türkischen Flagge sowie des Bildes von Atatürk.

In allen europäischen Ländern, in denen Migranten aus der Türkei leben, wurden auf diese Weise Verbände gegründet und Moscheen gebaut. Zentrum der Bewegung wurde Köln. Die Selbstdarstellung der DITIB spricht offen das Problem der Zuwendung zu anderen religiösen Gruppen aus. Als ausschlaggebender Grund wurde allerdings die unqualifizierte religiöse Ausbildung der anderen Gruppen genannt.

Organisatorisch ist DITIB ein Verbund von Moscheevereinen (von denen einige anfangs "erkauft" wurden), der sich durch Beiträge und Spenden selber trägt. Die Vorbeter (= Imame)* werden von der Dachorganisation gestellt und bezahlt. Sie werden in der Türkei in der staatlichen Imam-Iatip-Schule ausgebildet, so daß die Wahrung der zumindest nach außen demonstrierten laizistischen Religionsauffassung garantiert ist. Mit 670 Vereinen, 390 Moscheen und 430 Vorbetern hat sich DITIB innerhalb von 10 Jahren in Deutschland zur größten religiösen Organisation entwickelt.

Außerhalb der offensichtlichen Verbindung zwischen diesen Gemeinden und dem türkischen Staat gibt es die Vermutung, daß es auch inoffizielle Verbindungen zum türkischen Geheimdienst MIT gibt. Kürzlich wurden Recherchen darüber in der Zeitschrift FOCUS veröffentlicht, die diese Vermutung bestätigen. Demnach steht die erste Etage der Zentrale in Köln an der Venloer Straße 160 dem MIT zur Verfügung. Die Imame müssen dem Konsulat alle vier Monate einen Bericht über die Gemeinden einreichen. Bei wichtigen Ereignissen ist sofort das Konsulat zu verständigen.

Allein in Köln und Umgebung gibt es neben der Zentrale noch neun angegliederte Moscheen.

Des weiteren werden Sportgruppen (vorzugsweise Fußball) und laut offiziellen Aussagen Informationsveranstaltungen für Deutsche zum gegenseitigen Verstehen und Kennenlernen organisiert.

Im Kontext der Zusammenarbeit zwischen dem Konsulat und den Gemeinden kann auch die Anfrage des türkischen Konsuls nach einem Grundstück für ein Türkisches Kulturzentrum in Köln gesehen werden. Es sollte ausschließlich dem Konsulat und somit dem Interesse der türkischen Regierung unterstehen. Zunächst wurde der Plan im Rat der Stadt Köln mit dem Hinweis auf erpresserisches Verhalten des Konsulats gegenüber Mitgliedern des Ausländerbeirates wegen eines Antrags zu einer Diskussion über die Lage der Kurden abgelehnt.

Kontakte zu anderen islamischen Dachverbänden bestehen zwar, sind jedoch aufgrund verschiedener politischer Ausrichtungen nicht sehr eng. Lediglich zur Lösung von Problemen türkischer Migranten (z.B. religiöse Feste) werden Kontakte aufgenommen.

Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu ADÜTEF
(Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.)

und

Türk Islam Kültür Dernekleri Birliği TIKB
(Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine)

Beide Vereine sind Auslandsorganisationen der MHP (Milliyetçi Hareket Partisi = Partei der Nationalen Bewegung) unter Oberst Alparslan Türkeş. Die Partei nach dem Militärputsch eine Zeitlang den Namen MCP (Milliyetçi Çalışma Partisi = Partei der Nationalen Arbeit), darf sich heute aber wieder MHP nennen.

Türkeş' politische Aktivitäten begannen bei den Pan-Turanisten. Der Turanismus entwickelte sich Anfang dieses Jahrhunderts aus den Ideen der Jüng-Türken. Nach dem für die Türkei verlorenen Ersten Weltkrieg und der damit verbundenen starken Verkleinerung des Reiches wurden starke national-rassistische Gedanken laut, die sich vom gemäßigeren Kurs Atatürks unterschieden. Ähnlich der Entstehung und den Erfolgen der Nationalsozialisten in Deutschland fanden die Turanisten - später Pan-Turanisten (als Verstärkung für den Gedanken der Zusammenführung aller Turk-Stämme) - Zulauf. Ziel ist die Gründung eines Großtürkischen Reiches, d.h. die Vereinigung aller turkmenischen Stämme in einem Staat (von Westchina über die südlichen GUS-Staaten bis in den Balkan).

Türkeş war ein Bewunderer Hitlers und gibt sich selbst in den Statuten der 1969 gegründeten MHP als Führer aus, dem absoluter Gehorsam entgegenzubringen ist.

Zunächst wurde die Abkehr vom Islam hin zu den Mythen der Alttürken propagiert, was sich jedoch nicht durchsetzen konnte. Daher griffen sie die Ideen der Türkisch-Islamischen Synthese auf, wobei sich der Islam äußerlich stärker durchsetzt, da dadurch mehr Menschen für die eigenen Ziele gewonnen werden können.

Ähnlich der SA wurden Kommando-Lager aufgebaut, in denen Jugendliche militärisch ausgebildet werden. Aus diesen Jugendorganisationen gingen die Grauen Wölfe (Bozkurtlar) hervor, die sich als Schlägertruppe bei der Bekämpfung bis hin zur Ermordung von linken Oppositionellen bis 1980 einen Namen gemacht haben. Sie verstanden sich gemäß der Doktrin des Kalten Krieges als Kämpfer gegen den Kommunismus. Die Grauen Wölfe wurden wie die MHP 1980 nach dem Militärputsch, bei dem alle Parteien verboten wurden, verboten.

Bezeichnend für die Politik der Türkei ist, daß jedoch nie ernsthaft gegen Türkeş vorgegangen wird, trotz seiner deutlich antidemokratischen Einstellung. Zu enge politische Verbindungen bestehen zum einen persönlich durch Kontakte zu Politikern im Türk Aydınlar Ocagi (TAO)* wie auch ideologisch durch den Traum von der Ausweitung des Staates. So überlegte 1992 Demirel sogar, Türkeş das beschlagnahmte Parteivermögen der MHP zurückzugeben.

Die Gemeinde wird von der Partei der Großen Einheit (Büyük Birlik Partisi; BBP), vom Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein, vom Idealistischen Arbeiterverein und von der Türkischen Föderation unterstützt. Einige Anhänger sind auch in der Mutterlandpartei (Anavatan Partisi; ANAP) des verstorbenen Präsidenten Turgut Özal. Hier bestehen auch die Verbindungen zum vorerwähnten TAO.

Die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine wurde 1978 in Frankfurt gegründet, wo auch heute noch der Hauptsitz ist. Mitbegründer ist Serdar Musa Celebi, der nach dem Militärputsch in der Türkei in der BRD als Asylant anerkannt worden ist. 1980 wurde ihre Mitgliederzahl mit 26.000 angegeben, mit 110 einzelnen Vereinen in der BRD und 300 europaweit.

In Köln unterhält die ADÜTDF am Clevischen Ring 113 die Moschee Yunus Emre Camii, die sich wie die anderen Moscheevereine aus Spenden und Mitgliederbeiträgen (angeblich rund 200 Mitglieder in Köln) unterhält.

Über die Finanzierung besteht die Vermutung, daß diese auch durch den Drogenhandel erfolgt, da Beziehungen zwischen Angehörigen der ADÜTDF und der Drogenmafia bestehen. In der Türkei ist bekannt, daß türkische Militärs in den Drogenhandel verstrickt sind.

Die genannten Zahlen müssen jedoch kritisch betrachtet werden, da die Unterstützervereine z.T. verboten sind, aber trotzdem weiter existieren und daher ihre wirkliche Stärke unbekannt bleibt.

Besucher der Yunus Emre Camii, die in direkter Nachbarschaft zu vier weiteren Moscheen in der Keupstraße liegt, sind zum großen Teil Jugendliche, die gezielt dorthin gehen. Ihnen wird ein Freizeitprogramm angeboten, das allerdings - bedingt durch den politischen Hintergrund - mit rassistischen Ideen unterlegt ist, sicherlich nicht direkt erkennbar für politisch unbedarfte Jugendliche. So untersteht ihnen die Kölner Fußballmannschaft Türk Genc (Adresse: Clevischer Ring 113), deren Zuschauer offen die Hand zum Gruß der Grauen Wölfe ausstrecken - ähnlich dem Hitlergruß rechte hochgereckte Hand, die durch hochgestellten Zeige- und kleinen Finger den Kopf eines Wolfes darstellt. Im Vorstand einer anderen Kölner Bezirksliga-Fußballmannschaft (Istanbul Spor aus Mechenich) sitzt der bereits erwähnte Serdar Musa Celebi.

Besucher der Moscheen beider oben genannten Verbände gehen aufgrund des ideologischen Hintergrundes (der unter der türkischen Bevölkerung bestens bekannt ist) sicherlich gezielt dorthin.

**Islami Cemiyet ve Cemaatler Birliği ICCB
(Verband der Islamischen Gemeinden und Vereine e.V.)
oder Kaplancilar (Kaplan-Anhänger)**

Der Verband wurde am 25.11.1984 in Köln gegründet. Der Gründer, Cemalettin Kaplan, war ursprünglich Mitglied der AMGT). Von Erbakan, dem Vorsitzenden der Wohlfahrtspartei (Refah Partisi; RP), wurde er zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Geistlichen und den Organisatoren der AMGT nach Deutschland beordert. Kaplan trat jedoch nicht als Schlichter auf, sondern vertrat die Position der Geistlichen (Hodschas). Grund dafür könnte seine hohe religiöse Stellung als Mufti (= islamischer Rechtsgelehrter und Gutachter)* in Adana in der Türkei gewesen sein.

Seine Einstellung zur Religion ist wie die der Bewegung der Hizbullahcilar (aus dem Iran) extrem fundamentalistisch. Daher erfährt er die größte Unterstützung (in politischer, wirtschaftlicher wie auch ideeller Form) aus dem Iran, obwohl er kein Schiit ist. Weitere Beziehungen bestehen zu den Ihvanulmüslimin (Ägypten), afghanischen Bewegungen des Heiligen Krieges und anderen islamischen Verbänden in Europa.

Er bezeichnet sich selbst als Khomeini von Köln und hat sich gar am 08.03.1994 in Köln zum Propheten ernannt:

Hier einige Zitate von ihm und aus seinen Schriften:

"Entweder bist du ein Kemalist oder ein Anhänger des Islam, entweder bist du auf der Seite des Staates oder gegen ihn, entweder bist du für die Scharia oder dagegen. Einen anderen Weg außer dem Weg des Islam gibt es nicht, es gibt nur den Islam."

"Nach dem 12. September 1980 erlitt die Organisation in Parteien und der politische Fanatismus eine Niederlage. Aus diesem Grunde fanden immer mehr Moscheen Zulauf mit der Folge, daß mehr Moscheevereine gegründet wurden."

Seiner Auffassung nach verstößt die Herrschaft durch Parteien gegen die Gesetze der Sunna (= Überlieferung über Leben, Wirken und Aussprüche des Propheten Mohammed)*. Der Mensch darf keine Gesetze erlassen; nur Gott steht bedingungslose und uneingeschränkte Autorität zu.

Auszüge aus der von ihm herausgegebenen Zeitschrift TEBLIG (= offizielle Verlautbarung)*:

"Eine demokratische Gesellschaft ist zu verachten, da sie nicht auf Gottes Gesetzen beruht. Demokratie ist Teufelswerk. Demokratie ist eine Kriegserklärung gegen Gott."

Kaplans Vorstellungen zum Staat:

Begriffe sind folgendermaßen auszulegen:

gayemiz (unser Ziel) = die Islambewegung;

hakimiyet (Staatsgewalt) = Souveränität liegt bei Gott;*

anayasa (Grundgesetz) = Koran;

izam (Ordnung) = Scharia;

örnek ve önder (Vorbild und Führer) = Prophet Mohammed;

metot (Methode) = offizielle Verlautbarung der göttlichen Gesetze;

mevzu (Thema) = Souveränität Gottes;

teblig hüküm farzdir = der Urteilsspruch der Verlautbarung ist unbedingt verpflichtend;

teblig vasitlari (Mittel der offiziellen Verlautbarung) = jedes legale Mittel;

teblig uslubü = klar, deutlich, endgültig;

silah (Waffe) = die Wissenschaft (Koranverse, islamische Überlieferungen über die Taten Mohammeds, Verstand, Logik);

siper ve kalkan (Schutzvorrichtung und der Schild) = Geduld, Ausdauer und Verteidigung (zur Zeit der Verlautbarung gibt es keine Waffenanwendung bzw. -gewalt);

günün Türkiyesi (heutige Türkei) = Mekka von morgen.

Aus dem Staatsgrundgesetz:

"Artikel 40: Die Frau ist in erster Linie Mutter und Erzieherin. Sie ist ein zu schützendes und zu bewahrendes Gut; sie ist die Ehre."

"Artikel 41: Frau und Mann müssen getrennt werden, außer beim Einkauf und während der Hadsch (= Pilgerfahrt)."

Aufgrund der erkennbaren Ablehnung der Türkisch-Islamischen Synthese und anderer ideologischer Unterschiede gehört der Verband Kaplans keinem anderen Dachverband an. Es besteht ein gespanntes Verhältnis zu diesen - insbesondere zur AMGT. Seinem Verband traten nach der Abspaltung von der AMGT fast die Hälfte von deren Moscheevereinen bei. Heute sind es schätzungsweise 100 Vereine mit rund 2.000 Mitgliedern, aber fast 8.000 Sympathisanten. Man kann sie als radikale Splittergruppe bezeichnen.

Die Zentrale ist in der Neusser Straße 418 in Köln. Die Moschee in Köln ist die Ullu Camii (Niehler Kirchweg 63).

Die Finanzierung erfolgt zum einen durch Mitgliederbeiträge (25 % des Einkommens) und Spenden einer großzügigen Anhängerschaft. Des weiteren haben sie Betriebe eingerichtet, da allein aus Beiträgen und Spenden die Organisation nicht aufrechtzuerhalten ist. Es besteht ein Vertrieb von Büchern, Zeitschriften und Kassetten mit Predigten Kaplans und Khomeinis: IB Verlag Islamische Bibliothek (Neusser Straße 351, 50733 Köln), und eine Import-Export-Firma Kar-Bir Lebensmittel und Textil GmbH, deren Anteilscheine zu je 1000 DM an die Verbandsmitglieder verkauft werden, so daß sich alles zu einer wirtschaftlichen Einheit schließt.

Aufgrund seiner Einstellung zum Islam betreibt der Verband Kaplans allen anderen Vereinen voran die Anerkennung des Islam als Körperschaft des öffentlichen Rechts in Deutschland, um die Religionsausübung und vor allem die Religionsausbildung zu sichern.

Eine erste private Initiative startete er bereits mit dem geschlossenen Internat auf der Delmenhorster Straße in Köln.

**Avrupa Milli Görüs Teskilatları AMGT
(Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.)**

Die AMGT ist aus dem 1976 gegründeten Verband Türkische Union Europas, der sich 1980 in Islamische Union Europas umbenannte, entstanden. Am 20.05.1982 wurde die Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. in Köln gegründet. Federführend bei der Gründung war der Iraker Zain al-Abidin, der ursprünglich Mitglied des Süleymanli-Ordens war. Er sollte für diesen Orden eine Organisation aufbauen, sagte sich jedoch später von dem Orden los und arbeitete mit dem Islamischen Zentrum in Genf zusammen mit dem Ziel, auch in Deutschland ein solches aufzubauen.

Es bestehen politische Verbindungen zur türkischen Wohlfahrtspartei (RP) von Necmettin Erbakan. Dies wird zwar von den Mitgliedern der AMGT bestritten, aber Sympathien und Wahlverhalten zugunsten der RP wird von ihnen zumindest nicht verneint. Desgleichen ist festzustellen, daß sie das gleiche ideologische Programm wie die RP hat.

Die Anhänger der Neuen Weltsicht sind als Gegner westlichen Ideenguts bekannt. Sie plädieren für ein *"Islamisches Verteidigungsabkommen, dem sich die Türkei anschließen sollte, sowie für die Unterhaltung enger Beziehungen zu allen islamischen Ländern mit dem Ziel, für eine islamische Weltherrschaft zu kämpfen."*

"Unser Ziel ist Gott, unser Führer der Prophet Mohammed, unser Gesetz der Koran, unser Weg der Heilige Krieg und unser erhabenster Wunsch ist, für die Ehre Gottes zu sterben."

So wurden auf dem 4. Kongreß in Ludwigsburg 1990 unter dem Motto "Die Angelegenheiten der Muslime in Europa" von ihnen

- die schnellstmögliche Gründung von Fernseh- und Rundfunkanstalten STIMME DES ISLAM IN EUROPA,
 - die Gründung eines Islamischen Forschungszentrums in Europa und
 - die Gründung einer Islamischen Universität in Europa
- vorgeschlagen.

Des weiteren bedankte man sich auf diesem Kongreß für die Bemühungen bei der Verbreitung des Islam in Europa bei folgenden Ländern und Instituten:

Libyen, Islam'a Cagrı (Aufruf zum Islam), Dünya İslamci Gençlik Örgütü (Weltorganisation der Islamischen Jugend), RABİTAT, Dünya Müslüman Öğrencileri Organizasyonu (Weltorganisation der Islamischen Studenten), Kuveyt Evkaf Bakanlığı (Ministerium für Verwaltung frommer Schriften Kuwait), Cemiyet-i Hayriye Kurtuluşu, İslam Konseyi (Islamische Ratsversammlung) mit Hauptsitz in London.

An Hand der genannten Unterstützungsorganisationen ist erkennbar, daß die AMGT die größte Unterstützung aus Saudi-Arabien und Kuwait erhält.

Im Zusammenhang mit der RP sind noch folgende Organisationen in Deutschland zu sehen:

Berlin İslam Gençlik Sancagı (Fahne der Islamischen Jugend Berlin), Berlin İslam Vakıfı (Islamische Stiftung Berlin), Berlin İslam İlimler Okulu (Schule der Islamwissenschaften Berlin), Berlin İslam İlimler Akademisi (Akademie der Islamwissenschaften Berlin) sowie Stiftungen in der Türkei:

- Osman Gazi İlim ve Kültür Yayıma Vakıfı (Osman-Gazi-Wissenschafts- und Kulturvertriebsstiftung)
- İslam Hizmet Vakıfı (Islamische Fürsorgestiftung)

- İlim Yayma Vakifi (Vertriebsstiftung der Wissenschaft)
- İslam İlimler Arastırma Vakifi (Forschungsstiftung der Islamischen Wissenschaften)
- Bereket Vakifi (Heilsstiftung)
- Türkiye Milli Kültür Vakifi (Nationale Kulturstiftung der Türkei)
- Özbag Vakifi (Stiftung der Wesensverbundenheit)

usw.

Publikationen sind:

MILLI GAZETE (Nationale Zeitung), HICRET (Hedschra), İSLAMI GENCLİK (Islamische Jugend), FATİH DERGESİ (Fatih-Zeitschrift)*.

Das Verhältnis der AMGT zu anderen Dachverbänden ist nicht sehr eng. Auf politischer Ebene ist vor allem eine Abgrenzung zu DITIB zu erkennen und wird von den Verantwortlichen beider Seiten zugegeben.

DITIB bezeichnet sich als überparteilich - was jedoch aufgrund der laizistischen Ausrichtung nicht ganz nachvollzogen werden kann -, AMGT wird wegen ihrer Nähe zur RP kritisiert.

Seitens der AMGT und anderer, ordensnaher Organisationen wird DITIB als verlängerter Arm des Staates bezeichnet. Von den Orden unterscheidet sich die AMGT, die selbst kein Orden ist, dadurch, daß sie den strengen Bekleidungsregeln keine große Bedeutung beimißt. Des weiteren werden in der Freizeitgestaltung mehr Aktivitäten als nur Korankurse angeboten.

In der BRD und in Europa will die AMGT aufgrund des Programms sich ebenfalls seelsorgerisch um die türkischen Migranten aus der Türkei kümmern. In Europa bestehen 400 Einrichtungen (Gemeinden und Vereine), davon 300 in der BRD mit rund 20.000 Mitgliedern, unter denen auch Deutsche sind.

Der AMGT-Hauptverband hat seine Niederlassung in der Merheimer Straße 229 in Köln; ferner existieren in dieser Stadt 9 Moscheen der AMGT.

In diesen werden vor allem Korankurse angeboten. Sehr ausgeprägt sind im Jugendbereich die Aktivitäten im Bereich Fußball. In Köln sind im Laufe der letzten zwei Jahre folgende freie Vereine unter der Neuen Weltansicht vereinigt worden: Vatan Spor, Istanbul Spor, Anadolu Wesseling.

Des weiteren werden von der Zentrale in Köln aus private Hilfstransporte nach Bosnien organisiert.

İslam Kültür Merkezleri Birliği VIKZ (Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.)

Der VUKZ ist der älteste in Deutschland gegründete islamische Dachverband. Er wurde 1973 in Köln von Kemal Kacar, der gleichzeitig türkischer Parlamentsabgeordneter der Gerechtigkeitspartei (Adalat Partisi; AP) - Vorgängerin der heutigen Partei des richtigen Weges (Dogru Yol Partisi; DYP) unter dem amtierenden türkischen Staatspräsidenten Demirel - war, gegründet.

Sehr viel bedeutender als die Verbindung zur heutigen DYP ist die Tatsache, daß der Gründer Schwiegersohn von Süleyman Hilmi Tunahan (gestorben 1959) war. Süleyman Hilmi Tunahan ist der Begründer des Ordens der Süleymancilar (= Anhänger Süleymans), der als Nachfolgeorden des unter Atatürk verbotenen Naksibendi-Ordens verstanden werden kann und in den 20er Jahren in der Türkei entstand. Aufgrund der laizistischen Staatsideologie von Kemal Atatürk befürchtete Süleyman, daß der Koran in Vergessenheit geraten könnte.

M.S. Abdullah schreibt über diese Orden, daß sie ursprünglich als Korankurs-Bewegung im Widerstand zum Laizismus konzipiert waren und daß die Süleymancilar daher konservativ eingestellt seien. Der Orden sei hierarchisch strukturiert. Es gebe Kader, die dem geistlichen Oberhaupt bedingungslos zu gehorchen haben.

Die Süleymancilar beanspruchen für sich, das einzig wahre Verständnis des Koran zu vermitteln. Im Gegensatz zu einem streng logischen Verständnis des Koran der Sunniten gehören die Mitglieder

dieses Ordens zu der Gruppe der Islam-Anhänger, die ein mystisches Verständnis des Islam propagieren.

Zwischen Allah und den Ordensschülern steht sozusagen als Vermittler das geistliche Oberhaupt, das durch bestimmte Initiationsriten von den Mitgliedern anerkannt wird. Es gibt einen engen Kreis von Untergebenen, Kader, die sich als "Armee des Mahdi" verstehen (Mahdi = Messias am Ende der Zeit bzw. Weltuntergang). Der äußere Kreis besteht aus Sympathisanten, die wiederum durch andere Riten aufgenommen und zur Lehre herangeführt werden. Sie machen sich dadurch der Häresie verdächtig. Andere Glaubensrichtungen im Islam lehnen die Vermittlung zwischen Gott und den Gläubigen im Sinne der Süleymancilar ab.

Der Orden wurde in der Türkei verboten. Grund für das Verbot war jedoch nicht so sehr der religiöse Inhalt, sondern die Intensität der Vermittlung bzw. die Aktivität des Ordens sowie die Weigerung, sich der staatlichen Kontrolle durch das Ministerium für religiöse Angelegenheiten zu unterstellen. Ihm wurde vorgeworfen, gegen die staatliche Ausbildung von Religionslehrern und Imamen zu sein und die Autorität der staatlichen Religionsbehörde in Frage zu stellen. Daher würden die Süleymancilar eigene Korankurse anbieten, in denen sie ihre Lehren vermitteln. Tatsächlich gab es seit 1972 in der Türkei rund 1.900 Kurse (davon 300 für Mädchen), die von fast 100.000 Schülern besucht wurden. Unterstützung erfährt der Verband aus der Türkei von folgenden Stiftungen:

- Islam ve Milli Kültüre Hizmet Vakifi (Stiftung für die Dienste gegenüber der Islam- und der Nationalkultur)
- Günesli Kuran ve Kuran Ilimleri Vakifi (Sonnige Koran- und Koranwissenschaftsstiftung)
- Kuran Ilimleri ve Milli Kültüre Hizmet Vakifi (Stiftung für die Dienste gegenüber der Koranwissenschaft und Nationalkultur).

Die Süleymancilar besitzen die Verlage Fazilat und Osmanli und bringen die Wochenzeitung ANADOLU heraus.

Enge Beziehungen bestehen aufgrund der religiösen Einstellung zum Orden der Nurcular.

In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft von Antalya aus dem Jahre 1983 heißt es:

"Die Süleymancilar streben eine religionsgesetzliche Herrschaft unter dem Kalifat mit allen Muslimen der Welt unter einer Fahne an."

(Kalifat = direkte Staatsnachfolge von Mohammed)

Sie würden in Koranschulen und Studentenwohnheimen ihre Kader einschleusen. Jeder Süleymanci müßte dann fünf neue Süleymancilar ausbilden.

Aufgrund des Verbotes in der Türkei wurde der Orden noch aktiver im Ausland, besonders in der BRD. Schon seit der Gründung der VIKZ, die praktisch ein Teil des Ordens ist, bekam dieser fast "volkskirchlichen" Charakter, da auch er - wie die anderen Dachverbände - sich die Versorgung der moslemischen Bevölkerung hier auf die Fahnen geschrieben hatte. Seine Beziehungen zu den anderen Dachverbänden sind aufgrund der oben genannten Tätigkeiten nicht sehr eng. Die Beziehungen zu DITIB sind besonders gespannt. Der Verband ist neben DITIB und AMGT der drittgrößte in der BRD. Offen wird die VIKZ jedoch seitens der anderen beiden Organisationen nicht kritisiert.

Wie Kaplan versuchte auch die VIKZ 1979, die Anerkennung des Islam als Körperschaft des öffentlichen Rechts durchzusetzen.

Da der Orden jedoch aufgrund seiner religiösen Einstellung und seines Verbotes in der Türkei einen engen, abgeschlossenen Verband bildet - der einer Bruderschaft gleicht -, werden Zahlen nicht gern veröffentlicht. Er selbst gibt 20.000 Mitglieder und 250 Vereine in der BRD an.

Man kann davon ausgehen, daß die Finanzierung des Verbandes wie bei den anderen durch Mitgliedsbeiträge und Spenden erfolgt.

Der Hauptsitz des Verbandes befindet sich in der Vogelsangerstraße 290 in Köln. Hier befindet sich gleichzeitig die Hauptmoschee. In Köln gibt es noch zwei weitere Moscheen.

Die Süleymancilar bieten vor allem Korankurse, Schülernachhilfekurse, Web- und Buchführungskurse an, wobei das Hauptgewicht auf der Konzeption von Korankursen für Jugendliche liegt.

Die nun folgenden Moscheevereine sind zumeist unabhängige Vereine, die entweder in ganz Deutschland oder nur in Köln vertreten sind, aber längst nicht die Größenordnung und den Einfluß haben wie die zuvor vorgestellten Dachverbände.

**Jamaat un Nur
(Nurcular oder Schüler des Lichts)**

Der Orden der Nurcular entwickelte sich in den Anfängen der türkischen Republik. Begründer ist Said Nuri, der den Islam mit moderner Technik und Wissenschaft verbinden möchte. In der BRD gibt es einige Vereine dieses Ordens, deren Anzahl sehr unterschiedlich hoch angegeben wird. Der Orden kann als nicht aktiv bezeichnet werden. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit den Süleymancilar. Des weiteren arbeiten die Nurcular mit den AMGT-Verfechtern einer Neuen Weltansicht zusammen. Politisch standen sie 1950 der Demokratischen Partei (Demokratik Parti; DP), dann der AP nahe; heute stehen sie - wie auch die Süleymancilar - der DYP nahe.

Sie gründeten 1979 in Köln eine Medrese (Islamische Schule), in der ausschließlich Texte ihres Begründers behandelt werden; dort bilden sie Schüler aus. Gleichzeitig ist die Kölner Schule die Zentrale für die in Deutschland bestehenden Gemeinden. Dem Orden angegliedert ist der Asya-Verlag in Köln (Kempener Str. 44-48). Zusammen mit der AMGT unterhalten die Nurcular in Chorweiler ein Kulturzentrum.

Literaturhinweise:

dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2.

Ugur Mumcu, "Rabita" (Mai 1987).

Ugur Mumcu, "Tarikatlar ve Siyaset" (MILLIYET, 09.01.1987).

"Moscheen in Köln. Eine Bestandsaufnahme religiöser Einrichtungen der in Köln lebenden Muslime" (Ausarbeitung für den Ausländerbeirat Köln 1993).

FOCUS (Nr. 14/1994 und Nr. 16/1994).

Jürgen Roth / Kamil Taylan, Die Türkei. Republik unter Wölfen (Mai 1981).

Gerd Höhler, "Die Regierung Demirel pöppelt einen Neofaschisten auf" (STUTTGARTER ZEITUNG, 23.07.1992).

Petra Kappert, "Atatürks Erben", in: Welten des Islam, Hrsg.: Gernot Rotter.

Jürgen Roth u.a., Die Verbrecherholding (1992).

Ziya Tunc, "Berlin ve Bati Almanya'daki okullar da Islam Din Dersleri üzerine Görüşler" (Thesenpapier der GEW Berlin).

Die Grünen im Kölner Rat, Pressemitteilung (18.06.1991).

Bahman Nirumand, Im Namen Allahs. Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der BRD (Köln 1990).

W. Ende / U. Steinbach (Hrsg.), Der Islam der Gegenwart. Entwicklung und Ausbreitung, Staat, Politik und Recht, Kultur und Religion (Frankfurt am Main 1989).

Ertekin Özcan, Türkische Immigrantorganisationen in der BRD (Berlin 1989).

Metin Gür, Türkisch-islamische Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurt am Main 1993).

(Vollständiger Text in: "Graue Wölfe, Islam und türkischer Staat", Köln, September 1994, GNN Verlag. Broschüre dort zum Preis von 5 DM erhältlich.)

*) Erläuternde Hinzufügungen seitens der Redaktion.

Februar)* etwa die Hälfte der Stadt.) Dabei muß sie danach jedes Dorf, jeden Berg einnehmen. Und das zu der Zeit, wenn der Partisanenkrieg im tiefen Hinterland heranreift ... Bekanntlich ist jede Partisanenbewegung ohne Rückhalt in der örtlichen Bevölkerung unmöglich. Wer hat den Diversanten Dudajevs dabei geholfen, den Eisenbahntransport mit der Kriegstechnik in einem Bezirk, der weitaus näher zu Moskau als zum Kaukasus liegt, zum Entgleisen zu bringen? Aber vielleicht waren das bereits versprengte russische Partisanen? Viele russische Kriegsdienstleistende schämen sich der Schande, zu den Karateli zu gehören. Wenn Kolonnen von Regierungstruppen durch die Bevölkerung zu ihren Standorten marschieren, kommt es vor, daß Soldaten und selbst Offiziere die Einwohner bitten, einen Panzer oder Lastkraftwagen aus der Reihe zu holen, sie bringen ihnen bei, wie man es anstellt, wenn man keine Lust hat, in einen Bezirk von Kampfhandlungen vorzustößen.

Es gibt bei diesem Krieg noch einen Aspekt; in vielem hat er sich als überraschend für diejenigen herausgestellt, die den Krieg geplant haben. Die russischen "Demokraten" gingen einander schlimmer an die Gurgel als Straßenkötter. Das ist keine Metapher. Eine ganze Reihe staatliche und gesellschaftliche Funktionsträger beschimpfen sich öffentlich gegenseitig. Im Ergebnis werden von ihnen die Wähler weichgekocht, die sich willig oder unwillig als relativ massive Stütze des Jelzin-Regimes erwiesen haben. (Was übrigens die Stütze Moskaus in der sogenannten Dudajev-Gegnerschaft vor Ort anbelangt: Das ist ein kümmerlicher Haufen von Subjekten überwiegend mit

krimineller Vergangenheit, auf deren Gewissen die erdrückende Mehrheit der Bändertätigkeit zurückgeht, die fälschlicherweise allein Dudajev zugeschrieben werden.)

Und noch etwas. Die Aggression Jelzins gegen Tschetschenien legte einen labilen und inkonsequenten Teil der kommunistischen Bewegung bloß, der die Krenl-Mafia unterstützt. Es ist verwegen, den pseudolinken Repräsentanten die Masken herunterzureißen, endgültig die Vorstellung einer Einvernehmlichkeit mit den verschworenen Feinden des Volkes, die die Macht in Rußland usurpiert haben, zu entzaubern.

*K. Grigorjev****
(1. Februar 1995)*

**) Erläuternder Hinweis des Übersetzers.*

****) Gemeint sind Konsortien wie das Gemeinschaftsunternehmen, das durch Vereinbarung zwischen dem US-Konzern Aramco und der Regierung von Aserbaidschan ins Leben gerufen worden ist.*

*****) Der sowjetische General Andrej Wlassow, der nach dem Überfall von Nazideutschland auf die Sowjetunion bei der ersten Niederlage der deutschen Wehrmacht vor Moskau eine wichtige Rolle gespielt hatte, geriet 1942 in deutsche Kriegsgefangenschaft. Nachdem er sich in einem Gespräch mit dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, bereiterklärt hatte, mit den Nazis zusammenzuarbeiten, wurde er mit der Aufstellung einer eigenen Armee aus russischen Kriegsgefangenen beauftragt. Die Wlassow-Armee, die sich selbst als*

Russische Befreiungsarmee (Russkaja Osvoboditel'naja Armija, ROA) bezeichnete, wurde zunächst mit der Vernichtung sowjetischer Partisanen hinter der deutschen Front beauftragt und kämpfte, nachdem sie sich dabei "bewährt" hatte, nach dem Fall von Stalingrad (1943) ab 1944 auf Seiten der Nazis gegen die Rote Armee, konnte das Blatt im Osten aber nicht mehr zugunsten von Nazi-Deutschland wenden. Der letzte Akt der Wlassow-Armee bestand in ihrem Eingreifen in den Prager Aufstand 1945, wo sie gegen die Deutschen kämpfte, deren Sache inzwischen aussichtslos geworden war. Wlassow und die Reste seiner Armee wurden von den US-Truppen interniert und entsprechend einer in Yalta mit Stalin getroffenen Vereinbarung an die Sowjetunion ausgeliefert. Während die meisten ROA-Soldaten zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurden, wurde Wlassow selbst in Moskau der Hochverratsprozeß gemacht und er zusammen mit zehn Offizieren seiner Armee 1946 durch den Strang hingerichtet.

******) Pseudonym. Der Verfasser ist ein tschetschischer Kommunist. Er hat den russischen Text nach Deutschland gefaxt, wo er wegen der schlechten Faxqualität erst einmal rekonstruiert werden mußte, bevor mit der Übersetzung begonnen werden konnte. Dies ist die Erstveröffentlichung seines Artikels.*

(Text aus dem Russischen übersetzt von Klaus Dillmann.)

Das folgende Dokument aus der Zeit der Oktoberrevolution von 1917 erscheint uns bedeutsam für die Beurteilung des Krieges zwischen Rußland und Tschetschenien. Es spiegelt die leidvolle Erfahrung des ersten Weltkrieges deutlicher wider als das "am grünen Tisch" entworfene

17-Punkte-Programm des Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, das wenig später beim Vertrag von Versailles eine gewisse Rolle spielte und auch bei der Gründung des von den imperialistischen Siegermächten beherrschten Völkerbundes Pate stand. Die nach dem ersten Weltkrieg in Europa ins Leben gerufenen, sich auf das Wilsonsche

17-Punkte-Programm stützenden Nationalstaaten gingen in aller Regel mit nationalen Minderheiten wenig glimpflich um. Menschen wurden erstmals in der Geschichte in großem Umfang zu Objekten von Internierungen und Abschiebungen gemacht, und Brecht drückte in den "Flüchtlingsgesprächen" die Erfahrung aus, daß ein Paß "wertvoller als ein Mensch" sein kann. Nationalitäten, denen ein eigener Staat verwehrt blieb, wurden vielfach Opfer von Pogromen und Völkermord, der allerdings mit Abstand am brutalsten und mit akribischer Perfektion in Nazi-Deutschland betrieben wurde. Aber auch die Politik der Sowjetunion hat der Deklaration der Rechte der Völker Rußlands vielfach zuwidergehandelt (und während des zweiten Weltkrieges wohl auch zuwiderhandeln müssen). Sie entfernte sich bis zu ihrem Zusammenbruch immer mehr von ihrem in der sowjetischen Verfassung festgeschriebenen Anspruch, ein Bund freier Völker zu sein.

Deklaration der Rechte der Völker

Die Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern hat unter dem allgemeinen Banner der Befreiung begonnen.

Befreit werden die Bauern von der Macht der Gutsbesitzer, denn es gibt kein gutsherrliches Eigentum an Grund und Boden mehr - es ist abgeschafft. Befreit werden die Soldaten und Matrosen von der Macht der Zaren generale, denn die Generale werden von nun an wählbar und absetzbar sein. Befreit werden die Arbeiter von den Launen und der Willkür der Kapitalisten, denn von nun an wird die Kontrolle der Arbeiter über die Werke und Fabriken eingeführt. Alles Lebendige und Lebensfähige wird von den verhaßten Fesseln befreit.

Es bleiben nur die Völker Rußlands, welche Unterdrückung und Willkür erduldeten, an deren Befreiung unverzüglich geschritten werden muß, deren Befreiung entschieden und unwiderruflich durchgeführt werden muß.

In der Epoche des Zarismus wurden die Völker Rußlands systematisch gegeneinander aufgehetzt. Die Ergebnisse dieser Politik sind bekannt: Gemetzel und Pogrome auf der einen Seite, Sklaverei der Völker auf der anderen Seite.

Für diese schmachvolle Politik der Aufhetzung der Völker gegeneinander gibt es keine Wiederkehr und darf es auch keine geben. Von nun an soll sie ersetzt werden durch die Politik des freiwilligen und ehrlichen Bündnisses der Völker Rußlands.

In der Periode des Imperialismus, nach der Februarrevolution, als die Macht an die kadettische* Bourgeoisie übergegangen war, trat an die Stelle der unverhüllten Verhetzungspolitik eine Politik des feigen Mißtrauens gegenüber den Völkern Rußlands, eine Politik der Schikanen und Provokationen, die verhüllt wurde durch Lippenbekenntnisse zur Freiheit und Gleichheit der Völker. Die Ergebnisse dieser Politik sind bekannt: Zunahme des nationalen Haders, Untergrabung des gegenseitigen Vertrauens.

Dieser unwürdigen Politik der Lüge und des Mißtrauens, der Schikanen und der Provokationen muß ein Ende gemacht werden. Von nun an soll sie ersetzt werden durch eine offene und ehrliche Politik, die zu vollem gegenseitigen Vertrauen der Völker Rußlands führen wird.

Nur durch ein solches Vertrauen kann ein ehrlicher und fester Bund der Völker Rußlands zustande kommen.

Nur durch einen solchen Bund können die Arbeiter und Bauern der Völker Rußlands zu einer einzigen revolutionären Kraft zusammengeschweißt werden, fähig, allen Anschlägen der imperialistischen, annexionistischen** Bourgeoisien zu widerstehen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, hat der Erste Sowjetkongreß im Juni dieses Jahres das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung verkündet.

Rußlands

Der Zweite Sowjetkongreß im Oktober dieses Jahres hat dieses unveräußerliche Recht der Völker Rußlands mit größerer Entschiedenheit und Bestimmtheit bestätigt.

In Ausführung des Willens dieser Kongresse hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, seiner Tätigkeit in der Frage der Nationalitäten folgende Prinzipien zugrunde zu legen:

1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates.
3. Abschaffung aller und jeglicher nationalen und national-religiösen Privilegien und Beschränkungen.
4. Freie Entwicklung der nationalen Minderheiten und ethnographischen*** Gruppen, die das Territorium Rußlands bevölkern.

Die sich daraus ergebenden konkreten Dekrete werden sofort nach Bildung der Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten ausgearbeitet werden.

Im Namen der Russischen Republik.

Der Volkskommissar für Angelegenheiten der Nationalitäten:
gez. Josef Dschugaschwili
(Stalin)

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare****:
gez. W. Uljanow (Lenin)

Das Dekret wurde am 2. November 1917 (nach dem gregorianischen Kalender, = 15. November 1917 nach dem damals noch in Rußland geltenden julianischen Kalender) unterzeichnet.

*) Partei der Konstitutionellen Demokraten (K.D.). Bekanntestes Mitglied war der Fürst Georgij Lwow, der nach der russischen Februarrevolution von 1917 Präsident des bürgerlich-liberalen Kabinetts war (bis Juli 1917). Außenminister dieses Kabinetts war (bis Mai) Professor Pawel Miljukow (ebenfalls Mitglied der Kadetten-Partei), der an der Seite der Entente-mächte den 1. Weltkrieg mit den auf Annexion unter anderem der Dardanellen gerichteten Zielen des Zarenreiches fortsetzen wollte. Der Menschewik (= Minderheitssozialdemokrat der ehemaligen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) Aleksandr Kerenskij war in dieser Regierung zunächst Justiz- und ab Mai Kriegsminister, schließlich (nach dem Abtritt von Fürst Lwow) von Juli bis zur Oktoberrevolution Minister-

präsident. Die politischen Ziele seiner Regierung unterschieden sich nur unwesentlich von denen der Kadetten-Regierung. Insbesondere blieb Rußland weiter im Krieg auf Seiten der Entente.

***) Auf Aneignung fremder Territorien gerichtet.

****) Eigentliche Bedeutung: völkerkundlich (im Sinne der beschreibenden Völkerkunde); hier zu verstehen im Sinne von: ethnisch, d.h. zu einer Ethnie, einer Menschengruppe (Volk, Stamm) mit einer eigenen Sprache und/oder kulturellen Identität, gehörig.

*****) Provisorische Regierung des neuen Sowjetrußland, das zunächst als eine Räterepublik begriffen wurde (das russische Wort Sowjet bedeutet Rat).

Anmerkung der Redaktion:

Die Politik nicht nur der Sowjetunion, sondern natürlich auch der heutigen Russischen Republik, ja überall auf der Welt, muß sich an den in dieser Deklaration verkündeten Grundsätzen messen lassen.

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

LAGE DER OPPOSITION IM IRAN



Politischer Hintergrund

Am 11. Februar 1979 beging der Iran die Feiern zum 16. Jahrestag der "Islamischen Revolution". Der 11. Februar 1979 war der Tag, an dem die Iraner das Schahregime gestürzt haben. Der Schah, *Mohammed Reza Pahlevi*, hatte diesen Zeitpunkt erst gar nicht abgewartet, sondern hatte bereits am 16. Januar das Land fluchtartig verlassen.

Die Revolution war ausgebrochen, weil die Bevölkerung insgesamt das diktatorische Regime des Schah, das zudem die Reichtümer des Landes an den Weltkapitalismus und Imperialismus veräußert hat, satt hatte. Man erhoffte sich Selbstständigkeit des Landes und, damit verbunden, ein besseres Leben. (Es ist nicht die Aufgabe dieses Artikels, den Ursachen der iranischen

Revolution im einzelnen nachzugehen. Das kann zu einem späteren Zeitpunkt gründlicher geschehen.)

Schon kurze Zeit nach dem Sturz des Schah hatte das von dem selbsternannten Ayatollah (= **Gotteslicht**) *Ruhollah Khomeini* angeführte Regime das Heft fest in der Hand und ging dazu über, das Regime des Schah zu kopieren, nur mit anderen Parolen und anderen Leuten.

Beispiele für die Wiederaufnahme der alten Machtpolitik waren der Einmarsch der ehemaligen Schah-Armee, diesmal gestützt auf Khomeini, in die bis dahin vom Schah beherrschten Gebiete von Kurdistan und Turkmenien (Turkmen-Sahra).

Frauen wurden überwiegend aus dem Berufsleben (von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen) hinaus an den heimischen Herd gedrängt. Der Tschador (= schwarzer Schleier), der im Iran eine lange Tradition hat, wurde nun zum Zwangsmittel erhoben, um die untergeordnete Stellung der Frau auszudrücken.

Gleich einen Monat nach dem Sieg der Revolution begannen bereits die ersten Hinrichtungen an Revolutionären, in aller Regel Menschen, die politisch linksgerichtet (insbesondere Kommunisten) waren.

Im Sommer 1979 marschierte die Armee erneut in Kurdistan

ein und richtete dort ein Massaker unter der Bevölkerung an, die sich weigerte, so zu leben, wie es Khomeini vorschrieb.

Fast alle revolutionären Organisationen waren gegen diesen Einmarsch. Das Regime benutzte diesen Krieg dazu, alle diese Organisationen zu verbieten bzw. ganz zu zerschlagen. Alle wichtigen Zeitungen wurden geschlossen, alle Büros der verschiedenen Parteien und Organisationen wurden auf barbarische Weise zertrümmert, Mitglieder, soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurden verschleppt und in Gefängnissen massenhaft hingerichtet.

Der Iran betrieb auch eine aggressive Einmischungspolitik gegenüber den Nachbarländern, z.B. Afghanistan, Pakistan und Irak. Letzteres lieferte dem Regime von *Saddam Hussein* den beiden Seiten willkommenen Vorwand, gegeneinander Krieg zu führen und diesen dazu zu benutzen, die Opposition im eigenen Lande noch stärker zu unterdrücken.

Ergebnis dieses achtjährigen Krieges (1980-1988) war, daß mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren, die Zahl der Schwerekriegsverletzten (Blinde, Bein- und Armamputierte usw.) ist weitaus höher. Insbesondere viele junge Menschen, sogar Kinder, die als Soldaten eingesetzt wurden, sind unter den Opfern.

Beide Seiten nutzten den Krieg, um vor allem die in ihrem Herrschaftsgebiet lebenden Kurden zu unterdrücken. In Halabja und zahlreichen anderen Ortschaften setzte Saddam Hussein chemische Waffen ein und brachte Tausende von Menschen um; der Iran zerbombte Tausende von kurdischen Dörfern. Als Vorwand diente beiden Regimes die Behauptung, "ihre" Kurden ständen auf Seiten des Kriegsgegners.

Am 20. Juni 1981 fand in Teheran eine große Demonstration statt, auf der über 500.000 Menschen - überwiegend von den *Volksmudschaheddin* (Sazeman-e Mudschaheddin-e Khalk-e Iran) mobilisiert - den Sturz des Khomeini-Regimes forderten, was zugleich einen Schritt zur Beendigung des Krieges bedeutet hätte. Erstmals wurden die "Revolutionswächter" (Pasdaran) massenweise gegen die Demonstrierenden eingesetzt und richteten ein Blutbad unter ihnen an.

Damit begann gleichzeitig eine neue Phase der Auseinandersetzung zwischen den neuen Machthabern und oppositionellen Revolutionären: neben den *Volksmudschaheddin* z.B. *Volksfeddajin-Guerilla* (Tscheriken Fedai-e Khalk), *Iranische Partei der Arbeit* (Tufan) und andere: der landesweite bewaffnete Kampf, ein Kampf, der auch nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges

weiterging und bis heute nicht zu Ende ist.

Unterstützung fand das Khomeini-Regime damals bei der (moskau-orientierten) *Tudeh-Partei*, bei den *Mehrheits-Volksfeddajin* (Fedai-an-e Khalk-e Iran *Aksariyat*) und anderen, die sich erhofften, an dem Regime beteiligt zu werden. Beispielsweise war der Kommandant der iranischen Kriegsmarine, *Bahram Afzali*, Mitglied der *Tudeh*. Gleiches galt für zahlreiche hohe Offiziere der Armee.

Die *Tudeh* strebte an, zusammen mit der *Aksariyat* auf "kaltem Wege" die Macht im Iran zu ergreifen und damit den Iran zu einem Satellit der

Tudehis und *Aksariyat*s ihren Verrat mit dem Leben: Im Februar 1983 wurden fast alle Führer der *Tudeh-Partei*, etwas später auch die von *Aksariyat*, ins Gefängnis geworfen und dort hingerichtet.

Die Lage heute

Vielfach wurde der Eindruck erweckt, als habe sich die Lage im Iran nach dem Friedensschluß mit dem Irak und dem Tod von Khomeini (1989) liberalisiert. Dieser Eindruck entspricht nicht der Realität. Vielmehr hat sich die Diktatur stabilisiert. Nur trägt sie heute die Charaktermasken von *Khamenei** und *Rafsandschani**, welch letzterer



Seit 1979 wurden in Iran Tausende von Menschen hingerichtet. Die meisten von ihnen wurden erhängt oder von Erschießungskommandos getötet. Revolutionswächter bereiten 1980 die Hinrichtung verurteilter aufständischer Kurden vor. Foto: ap

damals noch bestehenden Sowjetunion zu machen, wie es mit Afghanistan *Karmal** getan hatte, der die Sowjetarmee ins Land rief.

Während es den *Karmal-Anhängern* in Afghanistan gelang, eine Zeitlang die Macht in die Hand zu bekommen, zahlten die

im Volksmund bezeichnenderweise "Schah Akbar" genannt wird. Ein im Iran umlaufender Slogan lautet:

"Schah-e Asghar ne miham, Schah-e Akbar ne miham"
(= "Wir wollten den kleinen Schah nicht, wir

wollen auch nicht den großen Schah".)

Wirtschaftlich, sozial und politisch hat sich die Lage gegenüber der Zeit des Ayatollah Khomeini nicht verändert. Wie sieht es heute in

Diese Organisationen haben aber in der Bevölkerung nur geringen Einfluß.

Offiziell in Opposition zum bestehenden Regime stehen auch die Anhänger einer konstitutionellen Monarchie

Anhänger der Tudeh und der Aksariyat. Obgleich sie das Regime in Worten geißeln, sind sie in Taten sehr viel zurückhaltender und arbeiten sogar im stillen mit dem Regime zusammen.

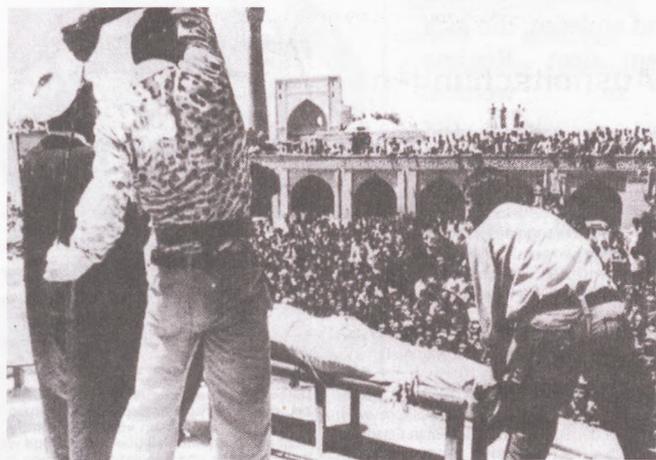
Iraner im Exil und Asylproblematik

Viele emigrierte Anhänger dieser Organisationen spüren seit drei bis vier Jahren einen neuen Wind für sich, nachdem das Regime signalisiert hat, daß es sie nicht mehr verfolgen will. Sie gehen heute in die Botschaften und lassen sich iranische Pässe ausstellen, sind also sozusagen mit zwei Pässen ausgestattet.

Gestützt auf deren Verhalten und Äußerungen, erklären heute die Regierungen der Niederlande und Deutschlands, der Iran sei heute ein "sicheres Land".

Inzwischen hat sich jedoch unter den Exiliranern herumgesprochen, unter welchen Bedingungen die Betroffenen ihren iranischen Paß bekommen, der ihnen ein Hin- und Herpendeln zwischen dem Iran und ihren Zufluchtländern erlaubt: Sie müssen ein elfseitiges Formular ausfüllen, in dem sie um detaillierte Angaben über ihr politisches Umfeld und über ihnen bekannte aktive Oppositionelle im In- und Ausland mit Anschrift, Telefonnummer, Arbeitsplatz usw. ersucht werden, sozusagen als "Gewährsleute" dafür, daß sie dem Regime nicht feindlich gesonnen sind.

Wer das für die iranischen Behörden zufriedenstellend leistet, darf so als lebendes



Eine öffentliche Auspeitschung in Ghom, im Norden Irans.

der Opposition aus.

Nach wie vor steht der iranische Widerstandsrat (Schoray-e Meli-e Moghawemat), dessen Rückgrat die Volksmudschaheddin sind und zu dem auch die Organisation der Volksfeddajin-Guerilla (Sazeman-e Tscherikay-e Fedai-e Khalk-e Iran) sowie zahlreiche Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle gehören, im bewaffneten Kampf.

Der iranische Widerstandsrat hat eine Befreiungsarmee von rund 40.000 bewaffneten Männern und Frauen aufgestellt, deren jetzige Basis sich auf dem Boden des Irak befindet. Dieser iranische Widerstandsrat ist zur Zeit die einzige reale Alternative zum Khomeini-Regime.

Zahlreiche andere linke Organisationen sind ebenfalls für den bewaffneten Kampf, stehen aber in Distanz zum iranischen Widerstandsrat.

(Anhänger des Sohns des ehemaligen Schah). Sie haben einen gewissen Einfluß insbesondere in der Armee. Zu dem, was sie wollen, nämlich der Wiedereinführung der Monarchie, hat die iranische Bevölkerung vor 16 Jahren deutlich nein gesagt.

Die kurdische Opposition in Form der Demokratischen Partei Kurdistans (Iran) (Hezb-e Demokrat-e Kurdistan-e Iran) ist in Kurdistan - wie bisher - die einzige reale Opposition, die trotz einiger Fehler in der Vergangenheit (z.B. Gespräch mit Vertretern des Khomeini-Regimes im Ausland, das in die Ermordung von Ghassemlu* durch iranische Geheimdienstler mündete) weiterhin von der Bevölkerung anerkannt ist (und in Ostkurdistan ein ähnliches Ansehen genießt wie etwa die PKK in Nordkurdistan).

Die schrillen Töne erklingen auch heute noch von seiten der

Beispiel dafür herumlaufen, daß im Iran niemand mehr politisch verfolgt werde. Interessanterweise sind viele von ihnen in den genannten Organisationen Tudeh und Aksariyat weiterhin in hohen und höchsten Positionen tätig.

Es mag auch von anderen Organisationen der eine oder andere in der Botschaft um einen solchen Paß vorsprechen. Aber ihre Zahl ist verschwindend gering. Und wer dies tut, setzt sich dem starken Verdacht aus, sich zum Verräter an seiner Organisation zu machen, und muß damit rechnen, bestraft zu werden.

Aus Sicht dieser Organisationen ist der Iran auch heute noch weit davon entfernt, ein "sicheres Land" zu sein. Es gibt nur einen Weg, aus dem Iran ein sicheres Land zu machen: **den bewaffneten Kampf der Opposition im Iran zum Sturz des dortigen Regimes, der die Unterstützung durch die im Exil lebenden Iraner findet.**

Saadi

***)Anmerkungen der Redaktion zu einigen der im Text genannten Persönlichkeiten:**

Ali Khomeini, dem als Schüler des Ayatollah Ruhollah Khomeini von diesem der theologische Titel Hadschat-ol-eslam (Beweis für den Islam) verliehen wurde, war einer der Vertreter Khomeinis im Obersten Verteidigungsrat und Mitglied des Revolutionsrates. Er wurde am 1.9.1981 als Nachfolger des zwei Tage zuvor ermordeten Ministerpräsidenten Mohammed Dschavad Bahonar

Generalsekretär der Islamischen Republikanischen Partei (IRP), die trotz eines (vom Regime den Volksmudschaheddin zugeschriebenen) Anschlages auf ihre Zentrale am 28.6.1981, bei dem 74 führende Mitglieder der IRP ums Leben kamen, ihre Macht behaupten konnte, gestützt nicht nur auf eine satte Parlamentsmehrheit, sondern auch auf die örtlichen Moschee-Komitees, ferner die Pasdaran, die Hezbollah (= "Partei Gottes", eine terroristische Knüppelgarde des Regimes, die auch gegen im Exil lebende Iraner - beispielsweise bei einem Überfall auf ein Studentenwohnheim in Mainz Ende April 1982 - aktiv geworden ist) und den Geheimdienst SAWAMA (der den Geheimdienst des Schahregimes, SAWAK, unter Übernahme eines Großteils seiner Mitarbeiter abgelöst hatte). Khomeini übernahm am 2.10.1981 als Nachfolger des ermordeten Mohammed Ali Radschai auch das Amt des Staatspräsidenten, in dem er 1985 bestätigt wurde. (Bahonar und Radschai waren am 30.8.1981 bei einem Anschlag auf das Ministerratsgebäude, in dem die Spitzenpolitiker des Regimes eine Sitzung abhielten, ums Leben gekommen.) Khomeini hat zahlreiche Schriften verfaßt, die ihn als Verfechter einer totalitären Auffassung von der islamischen Republik ausweisen. Am 2.6.1988 gab er den Oberbefehl über die Streitkräfte an Rafsandschani ab. Nach dem Tode Khomeinis am 4.6.1989 wurde er vom "Rat der Weisen" zum neuen geistlichen Oberhaupt gewählt und gab das Amt des Staatspräsidenten ab. Sein Nachfolger wurde Rafsandschani. Beide

bekräftigten 1993 das 1989 von Khomeini verhängte Todesurteil gegen den Schriftsteller Salman Rushdie. Ayatollah Khomeini verfügte am 9.1.1994 Amnestien bzw. Strafmilderungen für 2.389 der rund 19.000 politischen Gefangenen.

Ali Akbar Haschemi Rafsandschani, dem ebenfalls von Khomeini der Titel eines Hadschat-ol-eslam verliehen worden war, war als Mitglied des Revolutionsrates nach kurzer Amtszeit als Innenminister seit 1980 Parlamentspräsident und Vertreter von Khomeini im Obersten Verteidigungsrat. Am 2.6.1988 wurde er Oberbefehlshaber der Streitkräfte und am 28.7.1989 Staatspräsident, übernahm aber auch das Amt des Ministerpräsidenten und trat dafür von seinem Posten als Parlamentspräsident am 17.8.1989 sowie als Oberbefehlshaber der Streitkräfte im September 1989 zurück. Am 13.6.1993 wurde er im Amt des Staatspräsidenten bestätigt. Rafsandschani, der 1990 die Besetzung Kuwaits durch den Irak verurteilte, gilt als einer der Betreiber der Annäherung des Iran an den Westen.

Der Arzt Professor Dr. Abdul Rahman Ghassemlu, Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans (Iran) und Anführer der Kurden bei den militärischen Aktionen der iranischen Armee gegen diese und nach Niederschlagung der kurdischen Erhebung in Frankreich im Exil, wurde am 13.7.1989 anlässlich von Friedensgesprächen der kurdischen Guerilla mit Vertretern der iranischen

Regierung in Wien - offenbar vom iranischen Geheimdienst - ermordet (vgl. AntifaZ Nr. 34).

Babrak Karmal (den Namen "Karmal" hat sich der Genannte selbst zugelegt; er bedeutet etwa: "Arbeiterfreund") war Mitglied der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (PDPA) mit den Flügeln "Khalk" (= "Volk") und "Parcham" (= "Banner"), welche letzterem er angehörte. Er wurde zunächst Vizepräsident des Revolutionsrates und stellvertretender Regierungschef der von Mohammed Taraki ("Khalk") geführten Regierung, die den durch einen Staatsstreich in Afghanistan im Juli 1973 an die Macht gekommenen Mohammed Daud 1978 nach einem Militärputsch abgelöst hatte. (Taraki war dabei aus dem Gefängnis, in das er wegen

seiner Kritik an der Regierung Daud von dieser geworfen worden war, befreit worden). Die neue Regierung unter Taraki schloß am 5.12.1978 in Moskau einen "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft" mit der Sowjetunion ab, der unter anderem beiderseitige Konsultationen zur Gewährleistung der gegenseitigen Sicherheit vorsah, stieß jedoch wegen ihrer sozialrevolutionären Maßnahmen auf erheblichen Widerstand vor allem auf dem Lande, da die Reformen von der ländlichen Bevölkerungsmehrheit nicht akzeptiert wurden. Der Widerstand schloß sich unter orthodox-islamischer Führung zur Organisation "Verschworene Kämpfer des Islam" (Teiman Atahad Islamai) zusammen. Die schiitische Gruppe Hezoreh suchte bei der UNO um

Intervention nach. Unter dem innenpolitischen Druck trat Taraki zurück und wurde von dem ebenfalls von Moskau unterstützten Khafisullah Amin (bis dahin Außenminister) als Ministerpräsident abgelöst, zu dem Karmal in heftigen Gegensatz stand und von dem er als Botschafter in die Tschechoslowakei abgeschoben wurde. Seit April 1979 jedoch nahmen die Unruhen zu und griffen auch auf mehrere Städte (wie Herat und Dschalalabad) über. Als Amin im Dezember 1979 gestürzt wurde, wurde Karmal Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident von Afghanistan sowie Generalsekretär des Zentralkomitees der PDPA. Amin, unter dessen Regierung (nach Ermordung einiger der inzwischen auf mehrere tausend angewachsenen sowjetischen "Berater" in Kabul im August 1979) die sowjetischen Truppen ins Land gekommen waren, wurde am 27.12.1980 hingerichtet. Zu Hilfe gerufen hatte sie Karmal. 1981 appellierte Karmal, dessen Macht sich weiterhin auf die anwesenden Truppen der UdSSR stützte, wiederholt an die im Widerstand gegen sein Regime stehenden Gruppen der Mudschaheddin (= Kämpfer des Heiligen Krieges), den Widerstand aufzugeben, und trat im Juni 1981 als Regierungschef zurück. Sein Nachfolger wurde sein Gefolgsmann Ali Kischtmann.

Anzeige



Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231 / 178145 • Fax: 0231 / 178347

(Personendaten überwiegend zusammengestellt aus einschlägigen Jahrgängen des Fischer Weltalmanach.)

NAZI-STRUKTUREN IM KREIS RECKLINGHAUSEN

Der Kreis Recklinghausen, am nördlichen Rand des Ruhrgebiets gelegen und "Tor zum Münsterland", mit 10 Kommunen einer der größten deutschen Kreise, hatte und hat für alte und neue Faschisten einen wichtigen Stellenwert.

Hierbei stellt die Stadt Recklinghausen zweifellos das Zentrum alter und neuer Faschisten dar, auch wenn bisweilen in Presse und Öffentlichkeit der Eindruck entstand, "gefährliche" Nazigruppen existierten einzig in Oer-Erkenschwick oder Marl (in Form der dortigen 'örtlichen' FAP-Strukturen).

Ein solches Bild kann nur dann entstehen, wenn den faschistischen Kräften allein die "Stiefelfaschisten" zugerechnet werden, wie die erwähnten FAP-Gruppierungen, deren Mitglieder sich überwiegend aus jugendlichen Arbeitern und Arbeitslosen rekrutieren (dazu später mehr).

Das gesamte übrige Spektrum, von alten NPD-Funktionären über NSDAP-Freundeskreise wie den "Deutschen Freundeskreis" um Bruno Schemit, den Herausgeberkreis der "Unabhängigen Nachrichten" (UN) um Altnazis wie Plewka, Gläsel u.a., die Verlagszentrale des "Schlesiens", chauvinistisches Hetzorgan der Vertriebenenverbände, sowie die Organisationsversuche

der "Republikaner" auf Kreisebene und der "Deutschen Liste" in Herten haben ihr "geistiges Zentrum" in der Stadt Recklinghausen.

Historische Kontinuität

Recklinghausen hatte zur Zeit des Hitlerfaschismus besondere Bedeutung: Es stellte quasi das "Einfallstor" ins (ehemals rote) Ruhrgebiet im Norden dar. Schon 1919, als revolutionäre Arbeiter mit der "Roten Ruhrarmee" über Recklinghausen nach Norden gen Münster zogen, hatte das Gebiet nördlich von Recklinghausen und die Stadt selber für die herrschende Klasse strategische Bedeutung. Die "Rote Ruhrarmee" konnte immerhin bis Mecklenbeck (kurz vor den Toren Münsters gelegen) vorstoßen.

Das Recklinghäuser Stadtbürgertum war im Nazi-Reich eine solide Stütze

es reichlich. Daß auf diesem Hintergrund die Stadt Recklinghausen sich kürzlich weigerte, eine Gebäude an die jüdische Kultusgemeinde zurückzugeben, weil die 'Übernahme' dieser ehemals jüdischen Schule unter Hitler "rechtmäßig" gewesen sei, ist nur ein kleines Beispiel für eine gewisse geschichtliche Kontinuität.

Die größten Städte im Kreis wie Recklinghausen, Herten, Marl, Datteln oder Oer-Erkenschwick sind fast ganz oder zu großen Teilen vom Bergbau geprägt oder waren es zumindest lange Zeit.

Recklinghausen hatte im Faschismus gegenüber den ArbeiterInnen eindeutig die Funktion, ein Zentrum faschistischen Terrors darzustellen: Im Recklinghäuser Polizeipräsidium befand sich die Gestapo-Leitstelle, ein berühmter Folterknast, in dem u.a. der damalige



des Regimes (es steht auch heute nicht gerade an der Spitze des Kampfes um soziale Veränderungen). "Arisierungen" (Beschlagnahmung jüdischen Eigentums und Übergabe an deutsche "Volksgenossen") gab

KPD-Funktionär Albert Funk durch "Sturz aus dem Fenster" ermordet wurde - bezeichnend wieder für eine gewisse Kontinuität, daß sich die Stadt Recklinghausen weigerte, eine

Straße nach dem Ermordeten zu benennen. In Recklinghausen befand (und befindet sich) eine die Tatsache, daß in Recklinghausen und den übrigen Kreisstädten ein besonders 'raffgieriges'

sind) und weil Recklinghausen auch eine recht 'gute' Adresse für "Wirtschaftskriminalität" darstellt (jüngstes Beispiel die Familie Schwan in Herten und die von ihr mitorganisierte "Immobilienfirma"

Schotte&Partner (mit Sitz am seriösen Recklinghäuser Königswall) - Ermittlungen wegen betrügerischer 'Waren-Termin-Geschäfte' laufen.

Es wird also eng für die Kräfte innerhalb des kapitalistischen Gesamtgeschehens, die nicht in industrieller Produktion, sondern in der Ebene des zirkulierenden Geldes ihren Reibach zu machen versuchen - und diese sind damals wie heute die soziale Hauptstütze faschistischer Organisationstätigkeit.

Die zweite, fast ebenso wichtige soziale Gruppe, aus der faschistische Organisationen ihre Anhängerschaft rekrutieren, sind (meist jugendliche, aber auch ältere) Arbeitslose bzw.

UNABHÄNGIGE FREUNDESKREISE **UN** UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN (UN)

An die Bezieher der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Kurzanschrift: UN - POSTFACH 400215 - 4630 BOCHUM 4.

Polizeikaserne mit Einsatzhundertschaft - auch heute ist also für schnellen Einsatz möglicher größerer Polizeikräfte gesorgt.

Allerdings hat die Stadt nicht mehr die besondere Bedeutung früherer Jahrzehnte; schon deshalb nicht, weil der Bergbau seine zentrale Bedeutung verloren hat (doch auch heute noch stellen die Bergleute in und um Recklinghausen für die herrschende Klasse im Lande eine reale Gefahr dar, wenn sie den Abwehrkampf um die restlichen Arbeitsplätze verstärken).

Was aber die Kontinuität im eigentlichen Sinne ausmacht, ist

Bürgertum aus Händlern und Geschäftsleuten existiert - so bestimmt z.B. die "Werbegemeinschaft" Altstadt in Recklinghausen das Stadtbild inzwischen so nachhaltig, daß fast kein Samstag vergeht, an welchem die Recklinghäuser Geschäftsleute nicht ihre "Verkaufsgorgen" zelebrierten. Aber sie sind deshalb so 'raffgierig', weil die krisenhafte Entwicklung in der Region ihre Gewinnchancen permanent verkleinert, weil die Konkurrenz unter ihnen immer schärfer wird, weil zudem immer mehr "JungunternehmerInnen" auf den Markt drängen (die häufig nach wenigen Monaten 'pleite'

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle
 Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
 NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
 45657 RECKLINGHAUSEN
 TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
 Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Langzeitarbeitslose aus der Arbeiterklasse, die nach der bekannten Masche "Ausländer haben dir deinen Arbeitsplatz gestohlen, Ausländer sind deine Feinde" rekrutiert werden. Es sind Betrogene, die sich gegen diejenigen mobilisieren lassen, mit denen sie zusammen kämpfen müßten.

Faschistische Organisationsversuche

In den 50er bis Ende der 70er Jahre bestanden die faschistischen Strukturen im wesentlichen aus der NPD, die im Kreis RE durchaus als "stark" bezeichnet werden konnte. Charakteristisch für das politische Klima dieser Jahrzehnte mag folgendes Beispiel sein: Noch Ende der 60er Jahre knüppelten berittene Recklinghäuser Polizisten in eine Sitzblockade vor der Recklinghäuser Vestland-Halle, mit der junge und ältere AntifaschistInnen gegen eine dort stattfindende NPD-Versammlung protestierten.

Die "Studentenbewegung" sorgte dann dafür, daß auch in Recklinghausen nicht mehr ganz so drastisch mit AntifaschistInnen verfahren wurde - allerdings war es auch in den 70er und 80er Jahren in Recklinghausen gang und gäbe, daß Faschisten sich in 'nobelster' Umgebung (Ratskeller, Engelsburg, Barbarossa-Hotel) treffen konnten - ohne daß dagegen seitens der Stadt oder etwa seitens der "Werbegemeinschaft Altstadt" irgendetwas unternommen wurde. Einzig eine - meist relativ kleine - Zahl von AntifaschistInnen organisierte Proteste oder versuchte Widerstand zu leisten.

Die zweite Hälfte der 80er Jahre war dann geprägt durch die Auflösung der NPD bzw. durch

die Überführung ihrer Strukturen in den REP-Kreisverband - hierbei machte sich Bruno Schemmit von den Altnazis des ehemaligen "Deutschen

wurden (obwohl den Polizisten von der Abteilung Staatsschutz mit Sicherheit mehr Adressen bekannt sein dürften). Zweifellos haben die Faschisten sich auf die Situation nach dem



Freundeskreis" besonders 'verdient'.

Parallel zu dieser Entwicklung formierte sich der Aufbau der FAP-Struktur im Kreis RE, in den ersten Jahren geleitet durch S. Borchardt aus Dortmund oder J. Mosler aus Dusiburg.

Dieser Aufbau erlitt einen empfindlichen Rückschlag, als unter Führung Borchardts und Moslers die Recklinghäuser FAP-Gruppe durch Schlägertrupps attackiert wurde, da sie sich nicht von Kühnen distanzieren wollte - inzwischen alles "Schnee von gestern": Borchardt und Mosler stehen als 'Führer' nicht mehr zur Verfügung - der "Kreisbeauftragte" J. Riefling aus O-E ist offensichtlich nicht der Mann, einen funktionsfähigen Aktionszusammenhang aufrechtzuerhalten.

Und dennoch - die Gefahr ist nicht gebannt.

Nach der schon im September angekündigten Verbots-Initiative gegen die FAP hatten Riefling und seine "Mannen" genügend Zeit, sich auf das jetzt erfolgte Verbot vorzubereiten.

Und die Zeit haben sie selbstverständlich genutzt. Das ist nicht zuletzt daran zu sehen, daß außer Rieflings Wohnung nur zwei weitere FAP-Wohnungen im Kreis Recklinghausen durchsucht

Verbot eingestellt und (vorerst) "autonome" Kleingruppen gebildet.

Wichtiger ist, daß sie die Kontakte zu den (nach wie vor) "legal" arbeitenden Fascho-Strukturen wie der "Deutschen Liste (DL)" in Hertzen intensiviert haben.

Rege Tätigkeit haben sie auch in den vergangenen Monaten entwickelt, um in antifaschistische Strukturen Einblick zu bekommen (worauf hier aus naheliegenden Gründen nicht näher eingegangen werden soll).

Auch die Hauptorganisatorin der faschistischen "Frauenfront", N. Nowicki, ist vorerst auf Tauchstation gegangen, die "Volkstreue" erscheint zur Zeit nicht mehr.

Inwieweit seitens des Staates gegen die Struktur der "Altfaschisten" um die "Unabhängigen Nachrichten (UN)" weiter vorgegangen wird, bleibt abzuwarten.

Insgesamt aber gilt für die AntifaschistInnen im Kreis Recklinghausen: In den kommenden Wochen ist besondere Wachsamkeit angesagt: "Rache"-Akte wegen des Verbots, in welcher Form auch immer, sind ziemlich wahrscheinlich.

Also: Augen und Ohren auf!

Stephan W. Born
(AFB Recklinghausen)

"Bei den Nazis wärst Du längst vergast ..."

GEWALT GEGEN BEHINDERTE

- Eine Analyse -
Teil I

Sommer 1989:

Im Mai 1989 kam mir eine Einladung an den australischen Bio-Ethiker Peter Singer in die Hand. Singer wurde von den Sonderpädagogen Anstötz und Leyendecker - Professoren der Universität Dortmund - zu einem Hochschulvortrag gebeten. Thema: *"Haben schwerstbehinderte neugeborene Kinder ein Recht auf Leben"*. Die Veranstaltung war als Diskussionsforum ausgewiesen. Aber Raum zur Diskussion gab es nicht. Die Themenstellung schien eine Frage - doch gab es im Original kein Fragezeichen. Im nachhinein findet man in Veröffentlichungen zu den Ereignissen häufig das Fragezeichen eingefügt - Geschichtsfälschung der Chronisten? Der Begleittext zur Einladung enthüllte entwaffnend klar und unmißverständlich, worum es ging:

"Singer verlangt von uns, und zwar mit einsichtigen Gründen, daß wir unseren Umgang mit Tieren verändern und die Idee von der Heiligkeit des menschlichen Lebens aufgeben."

Die Herausgeber des Buches *ZUR DEBATTE ÜBER EUTHANASIE*, Hegselmann und Merkel (alles andere als Singer-Gegner), faßten Singers Auffassungen 1991 in drei Thesen zusammen:

"1. Das Leben sei nicht heilig und unantastbar. So sei z.B. unter bestimmten Umständen die Tötung eines schwerstbehinderten Säuglings erlaubt. Ebenso sei es unter bestimmten Umständen moralisch

zulässig, eine Person auf deren Verlangen hin zu töten - z.B. dann, wenn sie im Endstadium einer Krebserkrankung einen solchen Wunsch äußere.

2. Die entscheidenden Gründe dafür, jemandem ein Lebensrecht zuzusprechen, seien abhängig zu machen von der Eigenschaft, eine Person zu sein, nicht aber von der Zugehörigkeit zur Gattung Mensch. Es sei auch nicht jeder Angehörige der Gattung Homo sapiens in jeder Phase seines Lebens eine Person.

3. Zwischen einem Leben, das wert sei, gelebt zu werden, und einem Leben, für das dies nicht gelte, könne unterschieden werden."

Mit einem Schlage stand 50 Jahre nach der Ermordung hunderttausender Kranker und Behinderter im Hitler-Faschismus über Nacht das Thema *"Vernichtung des Lebensunwerten"* wieder zur Diskussion. Betroffene und Sympathisanten, die in den zurückliegenden Jahren im Behindertenbereich politisch gearbeitet hatten, waren von dieser auftauchenden Bedrohung des Lebensrechts von Menschen überrascht, erschrocken, überrumpelt. Diese Bedrohung des Lebensrechts Behinderter schien so unglaublich, daß der Begriff einer **"neuen Behindertenfeindlichkeit"** auftauchte.

Herbst 1992:

Seit Wochen und Monaten berichten die Medien von Übergriffen auf Behinderte:

Der 46jährige Günter Schirmer nimmt sich das Leben. Er ist seit einem Verkehrsunfall beeinträchtigt. Schüler träten ihn vom Rad, bespuckten ihn, pöbelten ihn an und stießen ihn von einer U-Bahn-Treppe. Man sagt ihm, daß er *"von unseren Steuergeldern lebe"* und daß er *"bei Hitler schon lange vergast worden wäre"*. Mit seiner Beeinträchtigung - so die Berichterstattung - hätte er leben können, mit solchen Demütigungen nicht.

Auf Spiekeroog werden behinderte Seminarteilnehmer des Strandes verwiesen. Im Museum ist kein Platz für Rollstuhlfahrer. Die Inselfade sind zu eng für behinderte und nichtbehinderte Touristen.

Blinde werden am "Tag des weißen Stockes" in Hannovers Innenstadt beschimpft.

In Halle schlagen Neonazis fünf Schüler einer Gehörlosenschule krankenhaureif.

In Flensburg macht ein Gericht Behinderte zum Reisemangel am Urlaubsort und spricht einer Familie Schadenersatz zu: *"Die Kläger und ihre kleinen Kinder könnten ihre Mahlzeiten im Hotel nicht unbeschwert genießen. Der unausweichliche Anblick der Behinderten auf engem Raum bei jeder Mahlzeit verursachte Ekel und erinnert ständig in einem ungewöhnlichen Maße an die Möglichkeit menschlichen Leidens ..."*, urteilten die Richter "im Namen des Volkes".

Wieder greift angesichts dieser Gewalttaten Erschrecken und Entsetzen um sich, und wieder ist die Rede von einer "neuen Behindertenfeindlichkeit".

Was hat die "Euthanasiediskussion", die sich seit fünf Jahren an bundesrepublikanischen Hochschulen wie

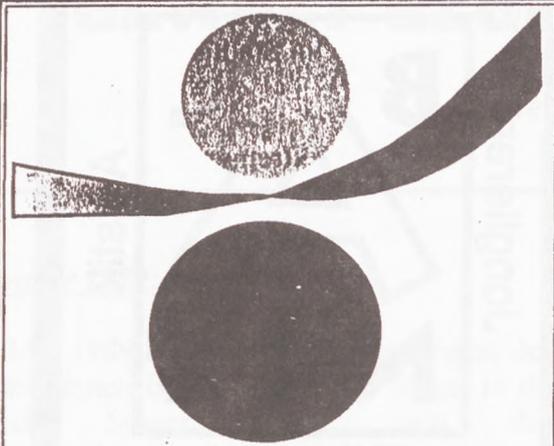


eine Seuche ausbreitet, mit solchen Übergriffen auf Behinderte zu tun, und ist eigentlich etwas NEUES an all dem?

Im Nachdenken über die heraufziehenden Vernichtungstendenzen müssen wir mit jedem Tag erkennen, daß die Existenz Behinderter in dieser Gesellschaft von vielen Seiten bedroht wird: Forderungen nach Freigabe aktiver Sterbehilfe und von Töten auf Verlangen, Pränataldiagnostik, humangenetische Vernichtungsprävention, Gentechnologie, Entsolidarisierung, im Gesundheitswesen entziehen uns Schritt für Schritt die Lebensgrundlage.

Das EUTHANASIEDENKEN war in unserer Geschichte keine Erfindung der Nazis. Ich sage das nicht zur Verharmlosung der Naziverbrechen! Vielmehr muß uns deutlich werden, daß Wissenschaftler, Sozialprofis und Schriftsteller seit Jahrhunderten Wegbereiter solchen Gedankenguts waren. Sie alle haben damals - wie auch heute wieder - mit ähnlichen Argumentationen und Methoden ihre Gedanken transportiert. Der Nazi-Faschismus hat sie vor fünfzig Jahren konsequent umgesetzt.

Die Argumentation, daß man dem kranken Menschen wie einem kranken Pferd den



LUPEN
ÖFFSETDRUCK

Inh: M. AKARÇAY

Wilfried Straße 10
47169 Duisburg
Tel.: 0203 / 40 85 01
Fax: 0203 / 40 69 16

Gnadentod zuteil werden lassen müsse, findet sich bei Ricarda Huch, Max Weber und Peter Singer fast gleichlautend. Immer wieder nutzen die Befürworter der Tötungsideologie die Ausnahmen des Tötungsverbots, um ihre Gedanken zu transportieren: *"Abtreibung ist straffrei - warum nicht das Töten auf Verlangen?"* So fragen sie - wohlwissend, daß die Legalisierung des Tötens auf Verlangen das Einfallstor zur gesamten Euthanasie darstellt.

"Durch Zyankali erlöst"

Die **Deutsche Gesellschaft für** (sogenanntes - G.S.) **Humanes Sterben (DGHS)** und ihr ehemaliger Präsident Hans Henning Atrott setzten sich seit mehr als 10 Jahren für die

Straffreiheit des Tötens auf Verlangen in unserer Gesellschaft ein.

Die Gesellschaft und ihr Präsident warben damit, Schwerkranken und Behinderten mit Zyankali zur *"Selbsterlösung"* zu verhelfen: Der *"selbstbestimmte"* Freitod ist noch heute, nach Atrotts Ära, Programm.

Der Weg dieser Organisation und ihrer Repräsentanten ist mit der medienwirksamen Verwertung von Behindertenleichen gepflastert.

Atrott und seine Gesellschaft zeichneten bei diesen "Freitoden" der Behinderten stets das Bild des absoluten Elends. Sie vermittelten den Eindruck von lebendig Toten. Das entzieht behinderten Menschen Schritt für Schritt die Lebensgrundlage. Wir geraten zunehmend in Rechtfertigungszwang, warum wir noch leben und uns noch nicht in Selbstbestimmung und -verantwortung das Leben genommen haben.

Der meines Erachtens gefährlichste Aspekt der Ziele auch in der Verbandspolitik der Gesellschaft und ihrer Repräsentanten ist aber die Tatsache, daß die gesetzliche Straffreiheit bei **"Töten auf Verlangen"** gefordert und angestrebt wird. Hinter diesem Anliegen steht bei der DGHS das Verfügungsrecht des Menschen über sein Leben, das Recht auf Freitod bei voller Zurechnungsfähigkeit und Straffreiheit für denjenigen, der auf Verlangen aktive oder passive Sterbehilfe gewährt (vgl. DGHS-Selbstdarstellung, S. 6). Ein Arzt soll z.B. straffrei bleiben, wenn er einen Sterbenden auf dessen Verlangen tötet. Dieses "Töten auf Verlangen" wird in der DGHS immer an das Verlangen bei

"voller Zurechnungsfähigkeit" geknüpft: Die DGHS betont, daß *"für den Wunsch zu sterben das Selbstbestimmungsrecht des Patienten maßgeblich ist. Für Menschen, die infolge eines geistigen Gebrechens ihren Willen nicht (mehr) hinreichend äußern können, kann diese Regelung"*

nicht gelten. Die Regelungen, die die DGHS anstrebt, haben stets das Recht des Menschen zum Ziel, über das eigene Schicksal zu bestimmen, nicht aber über das anderer." (DGHS-Selbstdarstellung, S. 11)

Aber die Begriffe "auf Verlangen", "Selbstbestimmungsrecht", "volle Zurechnungsfähigkeit" enthalten immer die Frage: Was ist zu tun, wenn nicht "verlangt" werden kann, wenn "Selbstbestimmung" und "volle Zurechnungsfähigkeit" nicht gegeben sind? Selbst wenn man solche Situationen - wie es die DGHS tut - ausnimmt, stellt sich allein juristisch aus der inneren Logik heraus über kurz oder lang diese Frage und führt sehr schnell zum Thema der Tötung hilfloser Menschen, die ihren Willen nicht oder nicht voll erklären können: Menschen im Koma, geistigbehinderte Menschen, Altersverwirrte und andere. "Töten auf Verlangen" und "getötet werden, weil man nicht verlangen kann", liegen gefährlich eng beisammen und lassen sich nicht trennen. Die Geschichte macht uns das sehr deutlich! (Vgl. K. Binding/A. Hoche, *DIE FREIGABE DER VERNICHTUNG LEBENSUNWERTEN LEBENS, IHR MASS UND IHRE FORM*, Leipzig 1920.)

Wie eng diese beiden Bereiche zusammenliegen und einander nach sich ziehen, zeigt ein Zitat aus dem von Atrott und Pohlmeier - dem alten und dem gegenwärtigen Präsidenten der DGHS - herausgegebenen Buch *STERBEHILFE IN DER GEGENWART* (Regensburg 1990). Der Band ist zum 10jährigen Bestehen der DGHS erschienen. Norbert Hoerster, Lehrstuhlinhaber für Rechts- und Sozialphilosophie und Rechtssoziologie an der Universität Mainz, der für die DGHS und die Sterbehilfe wirbt (siehe DGHS-Selbstdarstellung), schlägt in dem Buch (auf S. 60) vor:

"Ein Arzt, der einen an einer unheilbaren, schweren Krankheit leidenden Patienten tötet, handelt nicht rechtswidrig, wenn der Kranke diese

Tötung in einem urteilsfähigen und aufgeklärten Zustand wünscht oder wenn der Kranke, sofern nicht urteilsfähig, diese Tötung in einem urteilsfähigen und aufgeklärten Zustand wünschen würde."

Schon hier wird interpretiert, ob nicht urteilsunfähigen Menschen, also Menschen, die "ihren Willen nicht (mehr) hinreichend äußern können" (DGHS-Selbstdarstellung, S. 11), die Tötung in einem urteilsfähigen und aufgeklärten Zustand wünschen würden (N. Hoerster, Regensburg 1990). Wie soll da das eine möglich und das andere vermeidbar sein? Eine gefährliche, eine tödliche Gemengelage, die nur in Kranken- und Behindertentötung enden kann! (Wird fortgesetzt.)

Gusti Steiner

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- aus Kurdistan
 - über die Solidaritätsbewegung
 - von den Kurdenkongressen
 - Dokumente
 - u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zölpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:
BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

.....

.....

.....

Anschreiben u. schicken an:
GNN-Verlag,
Zölpicher Str.7,
50674 Köln

Herne, 21.2.95

An die
AntifaZ-Redaktion

Liebe
RedaktionsmitgliederInnen,
nachstehend eine
Gegendarstellung zu Eurem
Artikel über die
Redaktionskonferenz,
welchen ich Euch bitte in der
nächsten Ausgabe
abzudrucken, Ich weise aber
vorsorglich daraufhin, daß
Ihr aufgrund des Presserechts
gezwungen seit, diese
Gegendarstellung
abzudrucken.

Gegendarstellung:

Zum Artikel
"Redaktionskonferenz der
AntifaZ" in der 51. Ausgabe
der AntifaZ von Seite 17 bis
19.

Ich bin der Schreiber des
Artikels über die
Demonstrationen in Bremen
anläßlich der Einheitsfeiern
am 13.10.1994. In dem
genannten Artikel wird auf
Seite 19, linke Spalte, oberer
Teil der Eindruck erweckt,
daß ich die Redaktion aus
Sympathie für die autonome
Sache und aus Antipathie
gegen andere linke
Strömungen verlassen hätte.
Ich stelle hierzu fest, daß dies
nicht der Wahrheit
entspricht.

Ich habe dem Großteil der
Redaktion kurz vor Beginn
des Layouts für die vorletzte
(Nr. 50) Ausgabe erklärt, daß
ich die Redaktion verlassen
werde, weil mir die
tententöse Art der

Berichterstattung von KD
über die rationalen Grundlage
entbehrt wohl jeder

Mexico-Soli-Veranstaltung
sehr mißfallen hat, vor allem
weil der Artikel vorsätzlich
falsche Fakten nennt.

Darüberhinaus finde ich die
unreflektierte Übernahme
dessen, daß ich mich den
Autonomen hätte anbieten
wollen, für eine ganz miese
Art gegen mich Gerüchte
auszustreuen. Das Argument,
daß ich diese Anbiederung
ausgerechnet in der, den
Autonomen nicht gerade
wohlwollen gesonnenen
AntifaZ hätte machen sollen,

entbehrt wohl jeder
rationalen Grundlage.

Bruno

Anmerkung der Redaktion.

Wir drucken Brunos
"Gegendarstellung"
abzüglich der darin
'eingebauten' Anwürfe gegen
den Antifaschistischen Bund
(AFB), da sie nichts mit
seinem 'Konflikt' mit unserer
Redaktion zu tun haben.

Anzeige



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Ein-
gang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TAGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

Anzeige

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LANGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl Hermann Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 21 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

SCHWARZE ERDE*

*Mutter, o Mutter, Deine Stadt, Dein Haus
zertrümmert von Schwadronen des Todes,
Blumen wachsen in Deinem Garten nicht mehr,
die schwarze Erde erstickt das Leben,
Deine Tränen spiegeln die Trauer
um die Bluttat an Deiner Tochter.*

*Mit dreckigem Sperma bedeckt
liegt da ihr Körper, leblos,
gequält und benutzt. Deine Enkelkinder
zerren an dem gemordeten Körper,
Entsetzen reißt auf ihre Augen.*

*Die rasende Wut hat wie ein Parasit
wieder die Seelen befallen,
zerfrißt die mit Hoffnung ersehnte
neue Generation
und macht sie gleichfalls zu Mördern ...*

*Mutter, o Mutter, kalt wird Dir,
verstehen kannst Du es nicht.
Bestien in feinen Anzügen
werden grinsend Deine Zukunft besiegeln,
und wir, die zivilisierte westliche Welt,
wir hörten nicht mal ihr Schreien ...*

*Abschirmen wollen wir uns dagegen
durch Nicht-Hinsehen,
dunkel ahnend schon heute
Wetterleuchten des Unheils
an unserem Horizont, worin aufblitzt,
was morgen uns treffen kann ...*

Aleksander G. Berisha/Klaus Dillmann

**) Schwarz ist die Erde des Amselfeldes (Kosovo Polje) und schwarz auch das gebirgige Land, das den Namen Montenegro bzw. Crna Gora (= schwarzer Berg) trägt. Gemeint ist das ganze Gebiet, über das der "Balkansturm" fegt.*

DIE ROSE DER BERGE

*Die Hoffnung der Berge,
die Wärme in eisigen Nächten,
eine Wildrose der Freiheit
bist Du.*

*Mit seidener Bindung
von Völkern zu Völkern,
eine Leidenschaft zur Freundschaft,
von Menschen zu Menschen,
von Deutschland bis Kurdistan
bist Du.*

*Die Oase in der Wüste,
der Flügel der verletzten Nachtigall,
das Licht in der Finsternis
bist Du.*

*Eine Liebe und eine Hoffnung
der heranwachsenden Kinder,
die Botschaft der Befreiung:
wieder Du.*

*Lissy,
Schneeglöckchen des Ararat,
die Angst der Drachen -
vierköpfigen Drachen -
Und:
Hoffnungsträger der Freiheit,
Lissy.*

Nazif Telek (Hilden)

Für Lissy Schmidt.
Sie wurde am 3. April 1994 in Südkurdistan zusammen
mit ihrem Begleiter Kak Aziz von Saddams Agenten ermordet.